

Das „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Druck und bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar und Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauen M. 12.—, für das übrige Ausland M. 20.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 50

Die neugegründete Konparteilose oder deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Postgebühren. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Postgebühren. Kostenlos: Anzeigen für Familien-Anzeigen und Stellen-Befragungen 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Befragungen in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Endgültige Entscheidung über Oberschlesien

Der Beschluß fertiggestellt

Paris, 19. Oktober (Havas).

Die Botschafterkonferenz hat heute nachmittag die Abfassung der Mitteilung des Beschlusses der Alliierten, bezüglich Oberschlesiens, an die beiden interessierenden Regierungen fertiggestellt.

Aus dieser kurzen Meldung ist nur soviel ersichtlich, daß die Botschafterkonferenz zu einer Einigung in der ober-schlesischen Frage gekommen ist und daß ihr Beschluß den Regierungen Deutschlands und Polens als die Entscheidung des Obersten Rates der Alliierten zugestellt werden wird. Es ist anzunehmen, daß der Inhalt des Beschlusses erst bekannt gegeben wird, wenn er sich in den Händen der beiden Regierungen befindet. Man kann also auch erst zu diesem Zeitpunkt Stellung zu ihm nehmen.

Bekanntgabe der Entscheidung heute

CC. Paris, 19. Oktober.

Die Botschafterkonferenz schloß ihre Sitzung um 6 1/2 Uhr. Es wurde ein vollkommenes Einverständnis erzielt. Die Entscheidung wird morgen mittag der Deutschen und der polnischen Regierung bekanntgegeben werden. Wie wir erfahren, wird der deutsche Botschafter in Paris morgen mittag die Entscheidung der Botschafterkonferenz entgegennehmen. Die Grenzlinie, die der Völkerbund beschloß, wird in diesem Beschluß enthalten sein. Ferner sollen Deutschland und Polen wirtschaftliche Vereinbarungen treffen, die im Geiste der Genfer Beschlüsse gehalten seien.

Wie der Beschluß durchgeführt werden soll

D.A. Paris, 19. Oktober.

Der „Tempo“ veröffentlicht eine längere Londoner Drahtung offiziellen Charakters, die einige Fingerzeige hinsichtlich der praktischen Durchführung der Genfer Völkerbundsentscheidung zu geben scheint. Es heißt darin: Man hat in der Entscheidung des Obersten Rates oder, genauer gesprochen, in der Empfehlung des Völkerbundes, drei verschiedene Teile zu unterscheiden: 1. die Ziehung der Grenzlinie in Oberschlesien, 2. die Bestimmungen über das Wirtschaftsregime, 3. die deutsch-polnische Kommission unter Vorbehalt eines Neutralen, die die technische Durchführung der wirtschaftlichen Bestimmungen zu übernehmen berufen ist. In der Tat komplizieren die Wirtschaftsbestimmungen, die am 13. August dieses Jahres, als der Oberste Rat dem Völkerbunde die Aufgabe der Teilung Oberschlesiens übertrug, nicht nur die Ausführung der Genfer Sentenz, sondern sie fügen auch neue Organe den schon vorhandenen oder den durch die Grenzfestsetzung erforderlich geworden hinzu. Die Interalliierte Kommission in Opatowitz wird 24 Stunden vor der Ratifizierung durch die Botschafterkonferenz benachrichtigt werden, damit sie alle Maßnahmen ergreifen kann, die aus Gründen der Ordnung erforderlich werden, wie auch die Verwaltungsmassnahmen, die den Übergang der ober-schlesischen Gebiete vom gegenwärtigen zum neuen Regime gewährleisten sollen. Zu gleicher Zeit wird die Interalliierte Kommission ihr gesamtes berufenes Personal mobil machen müssen, um gemeinsam mit deutschen und polnischen Delegierten die Ziehung der Grenzlinie praktisch zu bewerkstelligen. Andererseits werden die deutsche und die polnische Regierung zu der gleichen Zeit, wo die Botschafterkonferenz ihnen die Wirtschaftsbestimmungen des Völkerbundsentscheidens zur Kenntnis bringt und sie auffordert, ihre Bevollmächtigten zu Verhandlungen über die Wirtschaftseinheit Oberschlesiens und die gemischte Verwaltungskommission zu ernennen, eine Kommission zur Regelung von Privatstreitigkeiten, die sich aus der Einführung der Neuordnung ergeben könnten, einzusetzen haben. Man hat demnach, ohne das im einzelnen schon etwas definitiv festgelegt ist, folgende Organe in Betracht zu ziehen: 1. eine deutsch-polnische Kommission, die gemeinsam mit der Doppelner J. A. K. praktisch die Grenzlinie nach dem Völkerbundsentscheid zu ziehen hat. 2. Die Delegation deutscher und polnischer Bevollmächtigter. 3. Die gemischte Verwaltungskommission unter Vorbehalt eines Neutralen. 4. Die Kommission zur Regelung privater Streitigkeiten, vermutlich unter Vorbehalt eines Völkerbundsdelegierten.

Die Vorbereitungen in Oberschlesien

D.A. Kattowitz, 19. Oktober.

Die Entscheidung des Völkerbundsstates ist am Montag der J. A. K. durch die Botschafterkonferenz übermittelt worden. Sie wird jedoch erst im Augenblick ihrer Uebersetzung in Berlin und Warschau der ober-schlesischen Bevölkerung bekanntgegeben werden. Die an Polen fallenden, bisher von englischen Truppen besetzten Teile der Kreise Beuthen, Kattowitz, Tarnowitz und Lublitz werden bereits von den Engländern geräumt und von den Franzosen übernommen, die sie den Polen übergeben werden. Die englischen Grenz-Absperrkommandos werden eingezogen. Als Kreisinspektor von Beuthen-Land amtiert bereits wieder ein Franzose. Die Uebergabe der an Deutschland und Polen fallenden ober-schlesischen Gebiete ist von der J. A. K. in der Art geplant,

daß zunächst die Uebergabe an Polen stattfindet. Erst wenn die Polen die Besetzung ihres Gebietes durchgeführt haben, dürfen zwei Tage später die Deutschen in das ihnen überlassene Gebiet Oberschlesiens einrücken. General Le Rond wird den polnischen Staatschef Pilsudski bei dessen Einzug in Kattowitz persönlich empfangen und ihm die an Polen fallenden Gebiete mit einer längeren Ansprache übergeben. Der Abtransport der interalliierten Truppen aus Oberschlesien ist so geplant, daß zunächst die Engländer und Italiener und erst dann die Franzosen abgeführt werden. Die französische 49. Division, die für Oberschlesien besonders zusammengestellt worden war, wird nach ihrer Rückkehr nach Frankreich bis auf das Jägerbataillon 20 aufgelöst. Restliches Bataillon wird voraussichtlich nach Memel zur Verstärkung der dortigen französischen Garnison verlegt werden. Bevor noch die Uebergabe der den Polen zugesprochenen ober-schlesischen Gebiete erfolgt ist, beginnen die Polen bereits, wichtige Ämterstellen in Kattowitz-Stadt und -Land zu besetzen. Zum Bürgermeister der Stadt Kattowitz haben die Polen das ehemalige Vorstandsmitglied der Zentrumspartei, den jetzigen polnischen Kreisbeirat Dr. Gornik, zum Landrat des Kreises Kattowitz den bekannten polnischen Infanterieoffizier Rymer, zum Oberstaatsanwalt einen Kongresspolen bestimmt. In Oppeln trafen heute normittag zwei Kompanien französischer Besatzungstruppen neu ein. Die beiden Kompanien sind nach dem Zentralkorridor abtransportiert worden.

Abwartende Haltung in Warschau

D. C. Warschau, 19. Oktober.

Der polnische Ministerrat hielt eine Sonder Sitzung ab, in der die außenpolitische Lage im Hinblick auf die Genfer Entscheidung eingehend beraten wurde. Die Sitzung dauerte sieben Stunden. Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt, da man erst die offizielle Bekanntgabe des Völkerbundsentscheidens abwarten will. In der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden mit dem Außenminister Skirmunt wurde beschlossen, den Termin für die Besprechung der ober-schlesischen Entscheidung im Sejm ebenfalls erst nach Empfang der offiziellen Bekanntgabe des Völkerbundsbeschlusses festzusetzen.

Sozialdemokratische Interpellationen in Prag

Prag, 19. Oktober (W. T. S.).

Im Senat interpellierten die deutschen Sozialdemokraten den Minister des Auswärtigen darüber, ob die Meldung, wonach der Minister bei Lösung der ober-schlesischen Frage einen Einfluß zugunsten Polens geltend gemacht habe, auf Wahrheit beruhen und verlangen, wenn er dies getan haben sollte, Rechtfertigung keines Vorgehens. Eine zweite Anfrage der deutschen sozialdemokratischen Senatoren betrifft die angeblichen Geheimverträge der Tschechoslowakei mit Jugoslawien, Rumänien, Polen und Oesterreich. Bei dem Vertrage mit Polen soll es sich um Oberschlesien, bei jenem mit Oesterreich um Westungarn handeln. Die Interpellation betont, die Nichtvorlage der Verträge bedeute einen schweren überaus bedenklichen Mißfall in die frühere Geheimdiplomatie. Die Interpellanten fragen, welchen Inhalt die besagten Verträge hätten.

Nordkorps Oberland

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 19. Oktober.

Die „Münchener Post“ bringt heute weitere Enthüllungen über die Nordtätigkeit des Freikorps Oberland. Es werden eine Reihe von Nordtaten mit genauen Adressen und Namensangaben mitgeteilt, die in Oberschlesien durch die Nachrichtenzentrale des Freikorps verübt worden sind. Dabei werden Fälle angeführt, wo es sich offensichtlich darum handelte, die Ermordeten zu berauben. In einem Falle wurde der Mann einer Frau ermordet, die die Geliebte eines der Mörder war. Ein ehemaliger Angehöriger des Freikorps Oberland hat das in der „Münchener Post“ veröffentlichte Material schon im September 1921 der Münchener Polizeidirektion übergeben. Seitdem wird er von den Angehörigen des Freikorps Oberland in München verfolgt und bedroht. Das Freikorps Oberland muß also, wie wir früher schon festgestellt haben, enge Beziehungen zur Münchener Polizei haben, sonst könnte es nicht unterrichtet sein von der gegen Oberland erstatteten Anzeige.

Die Berliner Stadtverordnetenwahl

Ein Urteil der „Wiener Arbeiterzeitung“

Die „Arbeiterzeitung“ erklärt den Sieg der bürgerlichen Parteien bei den Wahlen zum Berliner Stadtrat mit dem Bruderkrieg der großen sozialistischen Parteien durch den breite Schichten des Proletariats ermüdet und enttäuscht sich vom politischen Kampfe abwendeten und ihre Gefolgschaft den proletarischen Parteien verlagten. Sollte das deutsche Proletariat in den heftigen politischen Stürmen, die sich anfündigten, nicht untergehen, sollte es sich als entscheidende Gewalt im Reiche behaupten, dann müsse es den Weg zur Einigung finden.

In letzter Stunde

Die Deutsche Volkspartei gegen Wirth

Als der Aeltestenausschuß sich für die Einberufung des Reichstags auf den heutigen Donnerstag entschied, ging er von der Voraussetzung aus, daß inzwischen die Regierung von der Entscheidung über Oberschlesien amtlich in Kenntnis gesetzt worden sei. Diese Vermutung hat sich als irrig erwiesen, und so ist es sehr zweifelhaft, ob das Plenum überhaupt heute zusammen treten wird. Nach aller Wahrscheinlichkeit wird der Tag hauptsächlich mit Fraktionsberatungen ausgefüllt sein, von deren Ergebnis es dann abhängen wird, ob das Kabinett seinen Rücktritt vollzieht, ohne die Meinungsäußerung des Parlaments abzuwarten.

Wir können in letzter Stunde nur noch einmal wiederholen, was wir in diesen Tagen immer wieder ausgeführt haben: daß es nicht nur dem Sinne des Parlamentarismus zu widerlaufen, sondern auch die verhängnisvollsten politischen Folgen nach sich ziehen würde, wenn die auf die Ausschaltung des Reichstags gerichteten Pläne der bürgerlichen Parteien sich verwirklichen könnten. Die Volkspartei und nur die Volkspartei hat darüber zu befinden, ob die Regierung im Amte bleiben oder demissionieren soll, und nur sie hat die Richtlinien für die Weiterführung der Politik zu geben.

Vor kurzem schrieb die „Kölnische Zeitung“, man habe bei den Bestrebungen zur Erweiterung der Regierungskoalition das Eingreifen des Reichspräsidenten völlig permitt, obwohl die Verfassung ihm in Artikel 53 solche Befugnisse zugehe. Gerade jetzt wäre für den Reichspräsidenten der psychologische Augenblick gekommen, um als Führer des Volkes hervorzutreten, wie sich ihn die Verfassung denke. Wir wollen dahingestellt sein lassen, ob Ebert nicht im Gegenteil schon zuviel getan hat, um der Volkspartei den Weg in die Koalition zu ebnen. Auf jeden Fall aber weisen wir die Auslegung, die die „Kölnische Zeitung“ dem Artikel 53 der Verfassung gibt, mit allem Nachdruck zurück. Da steht allerdings, daß der Reichspräsident den Reichskanzler ernenne, aber da der Artikel 54 mit aller Deutlichkeit die Existenz des Kabinetts von dem Willen des Reichstags abhängig macht, liegt es auf der Hand, daß der Akt der Ernennung nur formaler Natur ist. Niemals ist daran gedacht worden, den Präsidenten zu einem Führer des Volkes in dem Sinne zu machen, daß er über seine Gesetze bestimmt. Und was von dem Präsidenten gilt, das gilt von den Fraktionen und ihren Leitern. Sie können sich über die Haltung schlüssig werden, die sie im Plenum einzunehmen gedenken, aber sie haben nicht das Recht, den Beschlüssen des Plenums vorzugreifen und das Parlament vor vollendete Tatsachen zu stellen. Vor aller Öffentlichkeit müssen die Entscheidungen gefällt werden, und nicht in der Verschwiegenheit der Konferenzzimmer. Darüber sollten sich gerade diejenigen einig sein, die Demokratie und Parlamentarismus stets als die Grundlage der deutschen Republik ausgeben und sich auf sie mit allem Nachdruck berufen, wenn etwa die organisierte Arbeiterschaft, die doch eine ganz andere Macht darstellt, von außen her einen Einfluß auf die Zusammensetzung der Regierung und ihre Maßnahmen ausüben will.

Soviel über die staatsrechtliche Seite der Sache. Die politische ist von ebenso großer Wichtigkeit. Warum soll das Kabinett Wirth von seinem Platte weichen? Weil es nach der Behauptung der Nationalisten die Vorsehung eines Teiles von Oberschlesien nicht verhindert hat und weil nach den Versicherungen derselben Leute eine Aenderung unserer Haltung gegenüber der Entente und besonders gegenüber Frankreich unbedingtes Erfordernis ist.

Kein Mensch hat uns bisher auseinanderzusehen vermocht, worin die Fehler des von Wirth auch mit unserer Unterstützung befolgten außenpolitischen Systems bestehen, und ebensovienig haben wir eine hündige Antwort auf die Frage erhalten, welche Bahnen denn nun von jetzt ab eingeschlagen werden sollen. Weder die Vergangenheit noch die Zukunft rechtfertigen das Verlangen nach einer Kurs- oder einer Personaländerung. Wer auf ihnen besteht, kann sich, wenn wir von seinen innerpolitischen Absichten absehen, höchstens von dem Verlangen nach einer Rückkehr zur Position der großen Geste heilen lassen. Es ist wahrhaftig keine Weiserungsgründe notwendig, um dem Ausland klarzumachen, daß Deutschland auf die Dauer die Verpflichtungen des Völkerbunds nicht erfüllen kann, wenn es nicht zu erfüllenden imstande sein wird. Diese Erkenntnis wird sich in Paris so gut wie in London aus den Verhältnissen ergeben. Aber die Schlussfolgerungen aus ihr werden um so schneller gezogen werden, je klarer Deutschland dokumentiert, daß es ihm nicht an ehrlichem und ernstem Willen fehlt. Eine Verbreiterung des Kabinetts nach rechts hin,

eine Ersetzung des gegenwärtigen Reichskanzlers durch einen anderen wird, was auch immer die neue Regierung als ihr Programm verkünden mag, draußen als eine Abkehr von dem bisher innegehaltenen Wege der Loyalität aufgefaßt werden.

Man sehe nach Frankreich. Dort spielen sich gerade jetzt sehr interessante und bedeutungsvolle Dinge ab. Die Nationalisten laufen Sturm gegen Briand. Briand verteidigt sich, indem er darauf verweist, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Gleichzeitig knistert es in dem Gebälk des nationalen Blods. Eine Abwehrkoalition der linksbürgerlichen Parteien ist in der Bildung begriffen. Diese Entwicklung, die für die Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen von größter Wichtigkeit werden kann, würde aufs empfindlichste gestört werden, wenn die Krisenmacher bei uns die Oberhand behielten.

Es wird glaubhaft versichert, daß in der gestrigen Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei durch Abstimmung festgestellt worden sei, daß die große Mehrheit den Eintritt in eine Koalitionsregierung, an deren Spitze Wirth stehe, ablehnt. Die Frage ist nun, wie dieser Beschluß zunächst auf Zentrum und Demokraten wirken wird. Man sollte meinen, daß er sie von ihren Sehnsüchten nach Stresemann und Stinnes abbringen müßte. Aber leider sitzen ja in ihren Reihen zahlreiche Vertreter, die ihre Blicke fasziniert auf das Bündnis mit der Volkspartei richten und kaum noch anderen Erwägungen zugänglich sind. Wenn es wahr ist, daß führende Persönlichkeiten der Zentrums- und Demokratenpartei sich mit dem Gedanken tragen, den jetzigen deutschen Botschafter in Paris, Dr. Mayer zum Reichskanzler zu machen, dann werden sie sich am Ende auch durch die Brüskierung, die Stresemanns Anhänger dem Zentrums- und Demokratenpartei antun, nicht umstimmen lassen. Und ob der Demokrat Haas, der vor einigen Tagen sehr skeptische Äußerungen über die republikanische Zuverlässigkeit der Deutschen Volkspartei getan hat und sie als eine Partei der grundsätzlichen Grundlosigkeit bezeichnete, dabei als Sprecher seiner Fraktion gelten konnte, ist nach den Äußerungen, die wir von Gothein, Petersen und anderen gehört haben, mehr als zweifelhaft.

bleiben noch die Rechtssozialisten. Sollte es möglich sein, daß sie nach dem Votum der Volkspartei noch immer an dem Gedanken eines Zusammengehens mit ihr festhalten? Aber ganz gleichgültig, ob der Beschluß tatsächlich so lautet oder nicht, ganz gleichgültig, ob Stresemann und Stinnes sich schließlich auch bereit finden würden, in dasselbe Schiff mit Wirth zu steigen, jedenfalls würde diese Umbildung der Regierung einen Frontwechsel bedeuten, den die Sozialdemokratie unter keinen Umständen mitmachen dürfte. Ueber den Görlicher Beschluß haben wir gesagt, was gesagt werden muß. Aber so verhängnisvoll er war, er fiel doch in eine Zeit, in der die Situation noch nicht durch die Entscheidung über Oberschleisien beeinflusst war. Heute liegen die Dinge anders als damals. Heute bedeutet das Bündnis mit der Volkspartei nicht nur den Verzicht auf die proletarische Einheitsfront, sondern er bedeutet auch die Bildung einer Regierung, die alle Chancen, die Deutschland noch in der auswärtigen Politik besitzt, zerstören muß. Die Position der Sozialdemokratie ist zur Zeit stark. Ein klares Nein aus ihrem Munde kann Zentrum und Demokraten zur Besinnung und zur Vernunft bringen. Verzichtet sie darauf, es auszusprechen, so wird sie mitverantwortlich für die Erfolge der nationalistischen Treiber.

Wenn Stinnes regierte

EE. Paris, 19. Oktober.

Der Berliner Tempuskorrespondent schreibt: Stinnes und seine politischen Freunde benehmen sich heute als Herren der Stunde. Stinnes lächelt, als ihm andere Abgeordnete erklären, daß es nach dem Genfer Schiedsspruch kein Mittel mehr gebe, Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen zu lassen. Stinnes erwidert nur, daß man jetzt gut arbeiten müsse. Stinnes Ansicht zufolge sei der deutschen Staat innen wie außen eine Persönlichkeit, der niemand mehr Kredit gewähre. Nur den Industriellen, dem Handel und den Banken könnten noch Kredit gewährt werden. Deshalb müsse man in Deutschland das sozialistische System aufgeben. Es müßten sofort Ersparnisse eintreten, um dem ungeheuren Defizit der Eisenbahnen, Post, Telegraphen sowie anderer öffentlicher Dienste ein Ende zu machen, in denen meist zwei Angestellte beschäftigt seien. Das beste Mittel wäre, die Führung dieser öffentlichen Unternehmungen Privatunternehmern zu übergeben. Für Deutschland sei, um nur die Hälfte der in Wiesbaden eingegangenen Verpflichtungen einhalten zu können, eine starke Hand notwendig, welche die ganze Maschinerie des Staates leiten müsse. Infolgedessen müsse man auch auf die vernichtenden marxistischen Experimente verzichten und das Proletariat zur Vernunft bringen. Stinnes hofft, Deutschland zu der wirtschaftlichen Lage zurückzuführen zu können, die es vor dem Krieg einnahm, wo Deutschland ungeheure Reichtümer besaß und gleichzeitig auch den sozialistischen Ansprüchen der Arbeiterklasse in reichem Maße Rechnung trug.

Eine neue Linkspartei in Frankreich

D.M. Paris, 19. Oktober.

Unter der Bezeichnung „Liga der Republik“ hat sich eine neue Partei linksgerichteter Republikaner gebildet, die unter Führung der Abgeordneten Herriot, Painlevé und Debierre steht. Von bekannten Parlamentariern sind der neuen Partei bisher beigetreten die Abgeordneten Bénazet, Buisson, Doumergue, Hennessy, Aubriet, Brunet u. a. m. Ferner haben ihren Beitritt erklärt die Generale Verraz und Sarraill, die Professoren Alard, Borel, Gabriel Séailles und Charles Rist. Auch der Dramatiker Lucien Bessard findet sich unter den Namen der Parteimitglieder. Das Parteiprogramm, das zwar offiziell noch nicht veröffentlicht worden ist, umfaßt die Herabsetzung der militärischen Lasten, die Verringerung der öffentlichen Ausgaben, gerechte Verteilung der Steuerlasten, die Organisierung des Industrie- und Handelskredits, die Schaffung eines Wirtschaftsrates, die Schaffung von Handwerkskammern, Einführung der Selbstverwaltung für die Kommunen, Einführung der Listenwahl für die Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften und das Frauenstimmrecht bei den Gemeindevahlen. Im großen und ganzen kann man es als Ziel der neuen Partei bezeichnen, die Wiederherstellung eines geschlossenen Linksblocks gegenüber dem nationalen Bloß zu ermöglichen.

Bei der Volksabstimmung über den eventuellen Anschluß Spaniens an Preußen wurden, wie der bayrische Kurier mitteilt, bei 55 Prozent Wahlberechtigte 2546 Stimmen für und 640 Stimmen gegen den Anschluß an Preußen abgegeben. Die Entscheidung unterliegt nun noch der Abstimmung in den beiden Landtagen von Baden und Preußen.

Gute Zeiten für Hochverräter

Sicheres Geleit für die Rapp-Verbrecher

Offiziös wird gemeldet:

Im Rapp-Prozess ist eine Änderung der Sachlage dadurch eingetreten, daß vier der flüchtigen Angekludigten, nämlich Oberst Bauer, Korvettenkapitän Ehrhardt, Major Pabst und Schriftsteller Schönlager, sich bereit erklärt haben, sich dem Gericht zu stellen, wenn sie gegen Sicherheitsleistung mit der Untersuchungshaft verfahren würden. Das Reichsgericht hat ihnen durch Beschluß vom 17. d. M. sicheres Geleit bewilligt, jedoch nur unter der Bedingung, daß sie sich ungelümt dem Untersuchungsrichter in Leipzig zur Vernehmung stellen, daß sie an einem im Benehmen mit dem Untersuchungsrichter zu bestimmenden oder von diesem zu bezeichnenden Orte im Inlande Aufenthalt nehmen, diesen Ort ohne richterliche Genehmigung, außer zur Wahrnehmung gerichtlicher Termine, nicht verlassen, und daß sie jeder Ladung zu einem gerichtlichen Termine folgen. Auf diese Weise wird es ermöglicht, das Verfahren gegen den größten Teil der Angekludigten in der Rapp-Sache, nämlich außer den Vorgenannten auch gegen die Angekludigten v. Jagow, von Wangenheim und Dr. Schiele, einheitlich durchzuführen. Der gegen letztere bereits auf den 27. d. M. angelegte Hauptverhandlungstermin mußte daher aufgehoben werden. Das Verfahren gegen sämtliche Angekludigten wird nach Möglichkeit beschleunigt; mit dem Stattfinden der Hauptverhandlung ist in naher Zeit zu rechnen.

Die Unterhandlungen zwischen dem Reichsgericht und den Rappverbrechern, die an die Unterhandlungen mittelalterlicher Raubritter mit den Lehnschleichen oder süditalienischer Briganten mit den Gerichten erinnern, sind so bezeichnend für den Tiefstand der deutschen Justiz, daß sich jeder weitere Kommentar erübrigt. In den Zusicherungen des Reichsgerichts vermissen wir lediglich, daß den Rappverbrechern außer sicherem Geleit und der Verpflichtung, sie nicht in Untersuchungshaft zu nehmen, nicht auch noch freie Verpflegung auf Staatskosten in den besten Hotels oder Sanatorien gewährt wird.

Miesbacher Justiz

M. München, 19. Oktober.

Das Beschwerdegericht beim Landgericht München II hat das vom Staatskommissar für Oberbayern am 22. September erlassene Verbot des Miesbacher Anzeigers für ungesetzlich erklärt. In der Begründung des Urteils wird ausgesprochen, daß die Angriffe des Blattes auf den Reichskanzler Dr. Wirth, die zu dem Verbot geführt haben, keineswegs seine amtliche Tätigkeit erschweren und nicht geeignet wären, den Reichskanzler im Interesse des Reichsfriedens in gefährlicher Weise verächtlich zu machen.

Das Münchener Landgericht hat recht. Ein Heftartikel, der nicht unmittelbar, wie im Falle Erzberger, zur Ermordung des angegriffenen Ministers führt, ist nicht geeignet, wie es in der Begründung des Gerichts so schön heißt, die amtliche Tätigkeit des Ministers zu erschweren.

Die Oppauer Untersuchung

Wie notwendig es ist, daß der Vorsitzende des parlamentarischen Untersuchungsausschusses dem von uns gemeldeten Antrag unseres Genossen Schwarz folgt und den Ausschuß sofort einberuft, um die Untersuchung energisch fortzusetzen, ergibt sich aus folgendem: Die bisherige Untersuchung ist völlig unzulänglich geblieben. Vor allem deswegen, weil unmittelbar interessierte Persönlichkeiten als Sachverständige vernommen worden sind, die ihre Aussagen natürlich so zu gestalten verstanden, daß der Untersuchungsausschluß nichts aus ihnen zu entnehmen vermag. Herr Direktor Bosh z. B. erklärte feierlich, daß keine Unterlassungssünde das Unglück verursacht hätte. Die Ursachen seien vielmehr „gewaltige geheimnisvolle Naturkräfte“, deren Art und Wirkung ihm und seinen Mitarbeitern heute noch unbekannt seien. Es liegt auf der Hand, daß Herr Bosh, einer der Direktoren des zerstörten Werkes, in diesem Abschieben der Schuld auf geheimnisvolle Naturkräfte, einen sehr bequemen Ausweg erblickt mußte. Um so geringeren Anlaß hat aber der Ausschuß, sich mit allgemeinen Reden dieser Art zufrieden zu geben. Wenn es Herrn Direktor Bosh nicht gelingt, hinter das Wirken dieser geheimnisvollen Naturkräfte zu kommen, so wird der Ausschuß eben andere, weniger interessierte Sachverständige noch zu vernommen haben.

Bisher ist man im Ausschuß jedoch jeder klaren Antwort auf konkrete Fragen aus dem Wege gegangen. So sollte z. B. festgestellt werden, ob der Sprengmeister, der den Unglücksfall abgab, Schmiergelder bekommen habe. Dieser Verdacht ist im Untersuchungsausschuß ausgesprochen worden und es liegen Anträge auf Untersuchung des Falles vor. Die Schmiergeldgeberin soll die Firma Kraß sein und unmittelbar vor dem Unglücksfall soll dem Sprengmeister eine hohe Summe in Aussicht gestellt worden sein. Die Firma hat Interesse an einer hohen Leistung. Der Ausschuß hat bisher diesen Anträgen nicht Rechnung getragen und den Fall nicht untersucht.

Ferner befindet sich in unmittelbarer Nähe der Explosionsstätte ein weiteres Lager des gefährlichen Stoffes von 8000 Tonnen. Der Abgeordnete Bren forderte im Reichstag, daß dieses Lager unter Wasser gesetzt werde. Auch das ist bisher nicht geschehen. Die Direktion der badischen Anilinwerke hat vor einiger Zeit durch Wolffs Bureau eine Erklärung verbreiten lassen, worin sie behauptet, daß das Vorhandensein dieses riesigen Lagers von Ammoniumsulfat keine Gefahr sei, daß sie aber Vorbereitungen getroffen habe, um das Lager abzutransportieren. Im Untersuchungsausschuß erklärte der Aufsichtsbeamte, er nehme stündlich Messungen der Temperatur des Stoffes im Lager vor, und er werde das Lager unter Wasser setzen, falls die Temperatur erheblich steige. Er ist also über die Gefährlichkeit des Stoffes anderer Ansicht als die Direktion. Aus der erwähnten Erklärung der Direktion geht hervor, daß sie mit einem solchen Vorgehen des Aufsichtsbeamten nicht einverstanden wäre und sich ihm wohl widersetzen würde. Denn sie hält das Lager ja für ungefährlich. Auch hier hat schleunigst der Untersuchungsausschuß einzugreifen und eine Entscheidung darüber herbeizuführen, was mit diesem Lager geschehen soll.

Kurzum: Von einem Abschluß der Untersuchung kann noch nicht die Rede sein. Es kann noch nicht einmal davon die Rede sein, daß der Untersuchungsausschuß die wichtigsten Fragen gelöst hat. Wir betonen wiederholt, daß seine Hauptaufgabe darin besteht, derartige Unglücksfälle für die Zukunft unbedingt zu verhüten. Das ist nach der oben gegebenen Darstellung, die sich auf Aussagen von Mitgliedern des Ausschusses stützt, noch nicht einmal an der

Stelle des ersten Unglücks geschehen. Dort liegt immer noch ein Gefahrenherd in unmittelbarer Nähe des Ausgangspunktes der ersten Katastrophe. Darum muß die Untersuchung in beschleunigtem Tempo fortgesetzt und zu ihrem Ziele geführt werden.

Aus bayerischen Geheimnissen

Zum Tode des früheren bayerischen Königs

Der dieser Tage verstorbene frühere bayerische König war nicht nur einer der tüchtigsten Hofkünstler, den je eine Krone schmückte, sondern von ihm gingen auch die verderblichsten Einflüsse auf die Kriegspolitik aus. Eitelkeit war bei ihm mit Herrschsucht gepaart. Außerdem war bekannt, daß er eines der größten Hemmnisse für eine während des Krieges bisweilen von Einflüchtigeren vertretene Lösung der elsaß-lothringischen Frage auf dem Wege der Selbständigmachung dieses Landes bildete.

Gelegentlich der Antrittsaudienz des preussischen Botschafters von Schön hat er dies auch offen betont und verlangt, daß Elsaß-Lothringen als Reichsland aufgelöst und derart unter die Bundesstaaten verteilt werden müßte, daß der an die Pfalz angrenzende Teil von Unterelsaß und Lothringen Bayern einverleibt würde.

Damit waren aber die Annektionsgelüste dieses Wittelsbachers noch keineswegs befriedigt. Er streckte seine Hand auch nach Belgien aus und erklärte in derselben Audienz, einem vorliegenden Protokoll zufolge, daß Belgien vom Erdboden verschwinden müsse. Es dürfte nicht als ein in sich geschlossener Teil, etwa als Bundesstaat, bestehen bleiben, sondern müsse ganz in Deutschland auf- und übergehen. Und nicht zuletzt der Scepter-schwinger hinzu:

„Sollte Preußen Belgien nicht annectieren wollen, so wäre Bayern gern bereit, es sich einzuverleiben“.

Diese plumpe ehrliche Erklärung scheint selbst dem damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Hertling einiges Unbehagen verursacht zu haben. Jedenfalls hielt er es für angebracht, in einer persönlichen Unterredung mit dem preussischen Gesandten nach der Audienz diesen darauf hinzuweisen, daß der König bisweilen recht „freimütig“ spreche. Hertling hätte ergänzen können, daß diese Gewohnheiten des bayerischen Königs im engen persönlichen Zusammenhang mit seinen Lebensgewohnheiten standen und daß die Freimütigkeit seines Herrn mit dem Maße des genossenen Alkohols stieg. Diese Begründung hätte auch dadurch nichts an Kraft verloren, daß die Audienz mit Schön um 11 Uhr vormittags stattgefunden hat, also zu einer Zeit, wo andere Menschen noch nüchtern sind.

Schließlich darf aber nicht übersehen werden, daß der König in seinem angeführten Zustande nur aussprach, was seine Kronrätin und Ratgeber ihm einflüsteren und gegenüber Berlin zwar weniger „freimütig“, aber doch nicht weniger hartnäckig fortgesetzt vertreten haben.

Auch ein anderer, die Eitelkeit des verstorbenen Wittelsbachers kennzeichnender Vorfall aus der Zeit des Krieges verdient Erwähnung. Als der frühere Kaiser in den ersten Kriegsmontaten dem damaligen König von Württemberg telegraphisch zum heldenhaften Verhalten seiner Truppen gratuliert hatte, wurde der bayerische König von Eifersucht geplagt, weil ihm selbst eine solche kaiserliche Ehrung bisher nicht zuteil geworden war. Der ganze bayerische Gesundheitsapparat in Berlin wurde in Bewegung versetzt. Ein Kurier nach dem andern nach Berlin und ins kaiserliche Große Hauptquartier geschickt, bis endlich auch dem sich in Reich verzehrenden bayerischen König Genugtuung gegeben wurde. Offenbar hatte damals eine Mißstimmung zwischen Wilhelm und Ludwig bestanden, wenigstens geht aus den Münchener Akten hervor, daß trotz seines wiederholten Verlangens, im Großen Hauptquartier empfangen zu werden, dieser Empfang vom Kaiser abgelehnt worden ist.

Das waren die Sorgen, mit welchen sich die Kronenträger zu einer Stunde plagten, wo die Massen draußen zu Tausenden hingerodet wurden und wo der Tod in fast jedes Haus Wunde um Wunde riß.

Ein Protest der Münchener U. S. P.

München, 19. Oktober.

Im Stadtrat erklärte der Vorsitzende der U. S. P. D. es als eine Ueberrumpfung, daß der sozialdemokratische Bürgermeister Schmid eine Erklärung namens des Stadtrats gegen die Zerstückelung Oberschleisiens abgegeben habe und verlas darauf eine Erklärung seiner Fraktion, die betont, daß auch die U. S. P. D. ihren Protest gegen die in der Presse mitgeteilten Beschlüsse des Völkerverbundes einlege. Da jedoch Authentisches über die Völkerverbundsbeschlüsse nicht vorliegt, lehne es die U. S. P. D. ab, jetzt schon endgültig gegen diese inoffiziellen Äußerungen der Presse Stellung zu nehmen.

Der Konflikt im Zeitungsgewerbe

Gegenseitige Verhandlungen

Seit 3 Uhr nachmittags bis in die tiefe Nacht hinein fanden gestern bei Wölffs Verhandlungen statt. Es tagten getrennt die Belegschaft mit ihren Organisationen und die Firma mit dem Verband der Unternehmer. An beiden Verhandlungen nahm der Reichsarbeitsminister teil. Es wurde ein Beschluß gefaßt, daß heute früh 8 Uhr der Betriebsrat und die Geschäftsleitung sowie der Arbeitgeber-Verband in erneute Verhandlungen eintreten.

Nachdem die Firma Wölff es bisher abgelehnt hatte, mit der Arbeiterkammer oder dem Betriebsrat direkt zu verhandeln, ist es nun den Bemühungen der Arbeiterkammer gelungen, insofern einen Erfolg zu verzeichnen, daß die Firma ihren Standpunkt aufgab. Mitin ist zunächst eine Verhandlungsbasis geschaffen worden. Der Reichsarbeitsminister wird bei den heutigen Sitzungen den Vorsitz führen.

Die belgische Ministerkrise

Rücktritt der sozialistischen Minister

Brüssel, 19. Oktober.

Im Verlaufe des heute vormittag abgehaltenen Kabinettsrates, an dem auch der Justizminister Vanderveelde, der Minister für öffentliche Arbeiten Anseele und der Minister für Kunst und Wissenschaft Dejeux teilnahmen, erklärten die sozialistischen Minister, daß sie zurücktraten.

Brüssel, 18. Oktober.

Die Krise in der belgischen Regierung, welche durch das Abbruchgebot des liberalen Ministers Devoe veranlaßt wurde, kam heute im Kabinettsrat zur Sprache und hat eine ganz andere Lösung hervorgerufen. In der Kabinettsitzung erklärte der Premierminister, daß die Haltung seines sozialistischen Kollegen Anseele in der bekannten antimilitaristischen und antinationalen Rundgebung mit der Würde eines Betrügers der Krone unvereinbar sei. Darauf haben nicht nur Anseele, sondern auch die vier anderen sozialistischen Minister ihre Entlassung eingeleitet.

Keine Maßnahmen gegen den Kartoffelwucher

Der Ernährungsminister ermahnt — aber er will nicht handeln

Durch W. L. S. wird mitgeteilt:

In einer im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter Vorsitz des Ministers Dr. Hermes abgehaltenen Besprechung wurde die augenblickliche Lage der Kartoffelversorgung und die Preisentwicklung eingehend besprochen und im Anschluß daran die Maßnahmen erörtert, die geeignet sind, eine Verstärkung der Anlieferungen und eine Eindämmung der Preise herbeizuführen.

Von dem Minister und seinem Vertreter wurde mit Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß im Interesse der Konsumenten eine Senkung der Kartoffelpreise dringend notwendig sei, und die Vertreter von Landwirtschaft und Handel wurden ersucht, im Hinblick auf den Ernst der Lage kein Mittel unversucht zu lassen, um eine Preisentlastung herbeizuführen. Weiter wurde dringend empfohlen, die bereits in vielen Teilen eingeleitete Hilfsaktion, durch Abgabe verbilligter Kartoffeln die Notlage der minderbemittelten Bevölkerung zu lindern, die bereits in einzelnen Landesteilen mit anerkennenswertem Erfolg durchgeführt sei, in noch größerem Umfang möglichst in allen Teilen des Reiches zur Durchführung zu bringen. Auch die Frage der Festsetzung einheitlicher Höchst- und Richtpreise, die von Seiten der Konsumenten vielfach gefordert wird, wurde eingehend besprochen, von Landwirtschaft und Handel aber einstimmig mit der Begründung abgelehnt, daß eine solche Maßnahme lediglich geeignet sei, die Ware vom Markt zu vertreiben und dadurch zu einer Verschlechterung der Versorgung zu führen.

Die Vertreter von Landwirtschaft und Handel stimmten von Ausführungen des Ministers darin zu, daß auch sie die augenblickliche Preisentwicklung in Anbetracht der starken Belastung der Konsumenten für beklagenswert (!) hielten, und versprachen durch Einwirkung und Unterstützung (!) innerhalb ihrer Berufsgenossen auf eine Senkung der Preise hinzuwirken zu wollen. Desgleichen wiesen sie darauf hin, daß bereits in vielen Bezirken und Kommunalverbänden Hilfsaktionen zwecks Befreiung der minderbemittelten Bevölkerung mit verbilligten Kartoffeln eingeleitet seien. Sie versprachen in Anbetracht der Notlage der Konsumenten, nochmals ihre Berufsgenossen auf die Wirksamkeit derartiger Hilfsaktionen hinweisen zu wollen.

Hedereinnehmend wurde die Ursache der unglücklichen Preisentwicklung in dem mangelhaften Abtransport der Kartoffeln gelehrt und insbesondere die störende Abfuhr aus den hauptversorgungsgebieten Pommerns, Ostpreußens und Mecklenburgs erörtert. Von den Vertretern des Reichsverkehrsministeriums wurde entgegengehalten, daß vom 1. September bis 4. Oktober insgesamt 128 663 Wagen zum Abtransport der Kartoffeln gestellt seien. Rechnet man eine Wagenbelastung von 9 Tonnen, so ergäbe sich, daß in diesem Jahre, bis 14. Oktober, 5 732 000 Zentner den Bedarfsbezirken zugeführt worden seien. Diese Zahl bleibe hinter der des Vorjahres lediglich um 1 Million Zentner zurück. Nicht berücksichtigt ist hierbei der Stückgutverkehr, der nach der kürzlich eingeführten Frachtermäßigung besonders umfangreich sein wird. Das Reichsverkehrsministerium wuschichtige jedoch, noch durch weitere einschneidende Maßnahmen eine Verstärkung der Wagenstellung zu erzielen.

In dem Schlusswort des Ministers wurde Landwirtschaft und Handel nochmals mit Entschiedenheit ersucht, sich der Notlage der Konsumenten nicht zu verschließen und in gemeinschaftlicher Arbeit mit den zuständigen Behörden und Organisationen darauf hinzuwirken, daß diejenigen Berufsgenossen, die in Verkennung der Notlage der Konsumenten durch hohe Preisforderungen sich an ungerechtfertigter Weise bereichern, rücksichtslos zur Rechenschaft gezogen werden. Er bitte, im weitesten Umfange durch Ausklärung in der lokalen Presse und durch Rundschreiben an die unterstellten Organisationen die Landwirtschaft zu einer verstärkten Ablieferung zu angemessenen Preisen anzuhalten und durch lokale Verhandlungen die bereits eingeleiteten Hilfsaktionen zu unterstützen und auf breitere Basis zu stellen. Was die Transportfrage anlangt, so hoffte er, daß es dem Reichsverkehrsministerium gelingen werde, das günstige Betrademetter noch zu einer möglichst starken Abfuhr von Kartoffeln zu benutzen. Er müsse anerkennen, daß der oben angegebene Gesamtumsatz an Kartoffeln in 1921 unbedeutend nicht anzusehen sei und daher auch für die Bevölkerung zu übertriebener Besorgnis kein Anlaß vorliege.

Was ist der langen Rede wirklicher Sinn? Es geschieht nichts, es bleibt alles beim alten; der Wucher kann sich ohne Gefahr ungehindert weiter ausbreiten. Wiederum eine

vollständige Kapitulation des zur Wahrung des Gesamtinteresses der Bevölkerung verpflichteten Ernährungsministers vor dem Wucher der Erzeuger und der Händler.

Genau wie im vergangenen Jahre, so hat auch diesmal der Ernährungsminister mit Ermahnungen gearbeitet. Im vergangenen Jahre ist diese Mahnung ohne jedes Ergebnis geblieben. Händler und Erzeuger hatten sich damals sogar in einer Vereinbarung mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zur Innehaltung eines Kartoffelerzeugerpreises von 25 M. verpflichtet. Niemals aber ist diese Vereinbarung gehalten worden. Sofort nach ihrem Abschluß stiegen die Preise weiter. So wird es auch in diesem Jahre mit den Ermahnungen gehen. Nicht das geringste werden sie nützen.

Der Minister hat weiter gebeten, die angeblich in einigen Landesteilen bereits eingeleitete „Hilfsaktion“ der Landwirtschaft zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung auszuweiten. Aber welche Bewandnis hat es mit dieser Hilfsaktion überhaupt? Wir haben bereits kürzlich darauf hingewiesen, daß der Brandenburgische Landbund diese sogenannte Hilfsaktion verbunden hat mit einer Warnung vor der Getreideablieferung und dem Ratsschlag, nicht zuviel Steuern zu zahlen. Er hat aber ferner die Anweisung gegeben, daß die Verteilung von billigen Kartoffeln nur durch die politischen Organisationen, d. h. die Deutsche nationale Partei, erfolgen solle. Aus zahllosen Zuschriften und vielen Mitteilungen in der Presse geht hervor, daß überall so gehandelt wird, daß also nur diejenigen versorgt werden, die eine einwandfreie monarchistische Gesinnung haben. Billige Kartoffeln sind nur Mittel zum deutschnationalen Bauernfang. Wenn trotz dieser Sachlage, die dem Ernährungsminister doch unmöglich unbekannt sein kann, er auf diese Hilfsaktion verweist, so muß man denn doch die Frage aufwerfen, ob er bei solcher Parteiisolation der Deutschnationalen oder Minister der Republik ist?

Dr. Hermes hat nach dem vorliegenden amtlichen Bericht ferner zugegeben, daß die Ursache der Kartoffelnot und der Wucherpreise nicht in ungenügender Wagenstellung zu suchen ist. Sie liegt also in der vorläufigen Preistreibeerei. Trotzdem hat er nicht einmal mehr die Forderung nach Festsetzung von Höchstpreisen zu vertreten gewagt. Der Wucher kann also munter weiter blühen, Erzeuger und Händler können sich ungeheuer bereichern, die Not der Massen weiter steigen, das alles veranlaßt den „Ernährungsminister“ nicht zum Eingreifen.

Können die Gewerkschaften es verantworten, diesen brüsten Schlag ins Gesicht der hungernden Massen ruhig hinzunehmen? Wollen sie abwarten, bis durch weitere maßlose Preissteigerungen die Not der Bevölkerung so groß geworden ist, daß sie sich gewaltsam Luft macht? Anzeichen dafür liegen genügend vor! Wollen die Gewerkschaften die Schuld dafür nicht auf sich laden, so müssen sie mit allem Nachdruck dafür sorgen, daß das einzige Mittel, das es zur Bekämpfung des Kartoffelwuchers gibt, die Einföhrung eines Umlageverfahrens mit Höchstpreisen sofort verwirklicht wird.

Straßendemonstration gegen den Kartoffelwucher

Am 12. Oktober, 19. Oktober.

Zu einer Demonstration gegen den Kartoffelwucher hatten gestern mittag 12 Uhr die freien Gewerkschaften, S. P. D. und U. S. P. D., aufgefordert. Etwa 8000 Menschen hatten sich auf dem Ludgerplatz eingefunden, von wo aus die Menge zum Landrat, Oberbürgermeister und Regierungspräsidenten ging, die die Zusage gaben, mit Vertretern der Arbeiterschaft am Mittwoch Verhandlungen anzuknüpfen. Eine einstimmig angenommene Entschließung der Versammelten fordert die Befreiung von Kartoffeln zum Preise von 40 Mark für den Zentner und strenge Bekämpfung eines jeden, der mehr fordert.

andere, aufzuzeigen. Der unzureichenden Volksernährung und den schlechten Wohnverhältnissen ist größte Aufmerksamkeit zu widmen. Die seit Jahren betriebenen Wohnungsuntersuchungen müssen fortgesetzt und ausgedehnt werden.

Das hier Angeführte allein müßte schon genügen, jedes Mitglied zur Wahlurne zu bringen. Es kommt aber noch weiteres hinzu. Die Ausschuhwahlen bei den Krankenkassen sind die Urwahlen zu sämtlichen Vertretungen der Versicherungen in Verwaltung, Aufsicht und Rechtsprechung der gesamten Arbeiterversicherung. Die Krankenkassenmitglieder wählen den Ausschuh ihrer Krankenkasse, dieser wählt dann den Kassenvorstand. Die Berliner Krankenkassenstände wählen die Beisitzer zum Versicherungsausschuh der Stadt Berlin. Die Beisitzer sämtlicher Versicherungsämter in Groß-Berlin wählen dann die Beisitzer im Oberversicherungsamt und die Beisitzer sämtlicher Oberversicherungsämter im Deutschen Reich wählen die Beisitzer im Reichsversicherungsamt. Außerdem wählen die Beisitzer bei den Versicherungsämtern Groß-Berlins die Mitglieder des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Berlin, die dann ihrerseits wieder die ehrenamtlichen Vorstandsmglieder wählen.

Die Krankenkassenmitglieder ersuchen hieraus, was auf dem Spiele steht.

Ungeheures, Arbeiter, Arbeiterinnen!

Wollt Ihr alle diese Körperschaften Leuten ausliefern, zu denen Ihr kein Vertrauen haben könnt? Wollt Ihr, daß Leute darin Einfluß gewinnen, die sich bisher nicht um Euch bemüht und deren einziges Streben es ist, auch mit dabei zu sein, wo die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft bereits vorgeht, die Arbeit geleistet und aufgebaut hat? Wollt Ihr diesen Leuten die größte Krankenkasse Deutschlands ausliefern? Nein, Arbeitsgenossen, das kann und darf nicht sein!

Eure Stimme gehört einzig und allein der von der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend und dem A.F.A.-Bund gemeinsam aufgestellten Liste 1.

Keine Stimme den Christlich-Nationalen, keine Stimme den Hirsch-Dunckerschen. Alle Stimmen den freien Gewerkschaften, der Liste 1.

Jeder sei Agitator! Jeder schreite zur Wahl!

Wer ist wahlberechtigt? Jedes über 21 Jahre alte Kassenmitglied männlichen oder weiblichen Geschlechts, sofern es sich bis zum 28. Oktober einen Wahlausweis besorgt hat.

Ohne Wahlausweis — kein Wahlrecht! Wahlausweise werden im Kassenlokal, Klosterstr. 71/72, während der Dienststunden von 8 bis 1 Uhr ausgestellt. Um eine reifliche Beteiligung aller Wahlberechtigten herbeizuführen, ist den Bezirksräten zu empfehlen, für alle in ihrem Bezirke beschäftigten, wahlberechtigten Kassenmitglieder die Wahlausweise gemeinsam zu be-

schaffen. Das kann mittels Schreiben folgenden Wortlauts geschehen:

„Hierdurch ersuchen wir um Ausstellung und Zulassung von Wahlausweisen für sämtliche im Betriebe der Firma beschäftigten, wahlberechtigten Kassenmitglieder.“

Berlin, den Der Betriebsrat.

Name des Vorsitzenden bzw. Obmanns.

Gewählt wird in 17 auf den Wahlausweisen verzeichneten Wahllokale. Jeder kann in dem Lokal wählen, welches ihm am bequemsten erreichbar ist. Gewählt wird nach dem Verhältniswahlsystem.

Auf jede Stimme kommt es an.

Niemand darf fehlen! Kassenmitglieder erscheint am 29. Oktober in Massen an den Wahlurnen! Sichert den Sieg der freigewerkschaftlichen Liste 1.

Der italienische Sozialistenkongress

(Schlußteil des Kongresses.)

Zu Beginn der Vormittagsitzung des sechsten Verhandlungstages teilt der Vorsitzende das Ableben eines der ältesten Sozialisten Italiens, Enrico Sigari, mit, dessen Andenken durch den Kongress geehrt wird. Sodann verliest der Vorsitzende eine Erklärung, die von den Vertretern der Exekutive der Kommunistischen Internationale, Clara Zetkin und Henri Valenti, dem Kongress unterbreitet wurde. Die Verlesung dieser Erklärung wird von den Reformisten und der Serrati-Gruppe oft durch heftige Zwischenrufe unterbrochen. In ihr konstatieren die Vertreter der Exekutive der Dritten Internationale, daß der Parteitag mit großer Mehrheit den Ausschluß der Reformisten abgelehnt und einem Antrag zugestimmt habe, der zwar seinem Wortlaut nach die Mitarbeit mit der Bourgeoisie ablehne, de facto aber diese akzeptiere und somit vor den Reformisten kapituliere. Damit habe sich die Sozialistische Partei Italiens wesentlich und definitiv außerhalb der Dritten Internationale gestellt. Die Abstimmung bedeute nicht nur einen direkten Gegensatz zu den auf dem dritten Kongress der Kommunistischen Internationale gefassten Beschlüssen auf, sondern sie verleihe auch offensichtlich die von der Partei in Livorno eingegangene Verpflichtung, sich den Beschlüssen des dritten Kongresses unterzuordnen. Clara Zetkin und Henri Valenti geben zum Schluß ihrer Verlesung Ausdruck, daß das Hinüberweichen der Sozialistischen Partei in das Lager der Reformisten und ihre Mitarbeit mit der Bourgeoisie wie auch ihre internationalen Beziehungen zu den Feinden der Kommunistischen Internationale und Sowjetrusslands den noch in der Partei verbliebenen revolutionären Arbeitern die Augen öffnen werde. Die Delegierten würden darauf aufmerksam gemacht, daß nach den Beschlüssen des dritten Kongresses als einzige Sektion der Kommunistischen Internationale die Kommunistische Partei Italiens zu betrachten sei.

Bacci erklärt hierzu, diese Kundgebung sei ein erneuter Beweis dafür, wie blind die Exekutive der Kommunistischen Internationale den Problemen der italienischen Bewegung gegenüberstehe. Er stellt weiter fest, daß die geistige Abstemmung nicht als eine Annäherung an die Reformisten, sondern im Gegenteil als Schwendung nach links zu betrachten sei.

Dann wird das endgültige Abstimmungsresultat mitgeteilt. Es haben danach erhalten die Resolution Serrati 47 628, Turati 19 916, Alessandri 8080, Lazzari 3763 Stimmen.

Zur Neuwahl der Parteileitung verlangen die Reformisten ihre proportionale Vertretung in der Parteileitung und dem Parlamentsfraktionsvorsitz. Serrati wandte sich heftig dagegen und forderte, daß die Parteileitung lediglich aus Maximalisten zusammengeleitet wird. Trotz des Protestes der Reformisten werden dementsprechend in die Parteileitung nur Maximalisten gewählt. Serrati wird als Leiter des „Noanti“ bestätigt. Damit ist der Kongress beendet.

Albert Thomas zurückgetreten. Der frühere französische Ministationsminister Thomas, der dem äußersten rechten Flügel des französischen sozialistischen Partei angehört, hat durch seine, auch nach dem Kriege wiederholt betonte nationalistische Haltung den heftigsten Unwillen in der Partei hervorgerufen. Die Opposition gegen ihn hat nun eine solche Stärke angenommen, daß der Departementspartei von Lyon, dem Wahlkreise von Albert Thomas, ihn aufgefordert hat, im Interesse der Gesamtpartei auf sein Abgeordnetenmandat zu verzichten. Thomas ist diesem Wunsche nachgegeben. Seine Mandatsniederlegung wird den sich anbahnenden Seidungsprozess in der französischen Arbeiterbewegung zweifellos fördern.

Kommunistenprozess in Budapest. Der U. S. wird aus Budapest gemeldet: Vor dem Budapest Ständericht hatten sich 24 Arbeiter wegen Aufrufs zu verantworten, die beschuldigt wurden, eine Verschwörung zwecks Aufrichtung der Räterepublik beantragen zu haben. Das Gericht verurteilte den Hauptangeklagten zu lebenslänglichem Zuchthaus und fünf weitere Angeklagte zu je 10 Jahren Zuchthaus. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen, jedoch nicht freigelassen, sondern in ein Internierungslager überführt.



Hühneraugen
hornhaut, Schwielen u. Warzen
bestehend aus ästhetisch empfundenen silikonartigen Bestandteilen
Kukirol
Scheidel P. 3,50 in Apotheken u. Drogerien erhältlich

Ausschneiden!

Druckfache
Um die
Sauptredaktion der „Freiheit“

Berlin C 2
Brette Straße 8-9

Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin!

Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen

Am Sonnabend, den 29. Oktober 1921, von 1 Uhr mittags bis 1 Uhr abends, finden die Wahlen zum Ausschuh oben genannter Kasse statt. Diese Wahlen bieten den Mitgliedern die einzige Möglichkeit, auf die Gestaltung der Krankenkasse, ihre Leistungen und ihre Verwaltung Einfluß auszuüben. Seit dem 1. Januar 1914, als die Allgemeine Ortskrankenkasse in ihrer gegenwärtigen Gestalt ins Leben trat, haben die Mitglieder keine Gelegenheit gehabt, öffentlich ihr Urteil über die Kassengebarung kundzugeben.

Seitdem hat die Kasse eine gewaltige Entwicklung durchgemacht. Die Mitgliederzahl stieg von rund 409 000 Anfang 1914 auf über 600 000 Ende 1920. Die Einnahme aus Beiträgen erhöhte sich in der gleichen Zeit von rund 1 1/2 Millionen auf rund 120 Millionen Mark pro Jahr. Die Ausgaben für die gesamte Kranken- und Wochenaufnahme stiegen von 17 1/2 auf 93 1/2 Millionen Mark. Während das Vermögen der Kasse sich von rund 11 1/2 auf über 62 Millionen Mark vermehrte.

Das sind gewaltige Ziffern, an denen die krankendurchsetzte Bevölkerung nicht gleichgültig vorübergehen sollte, um so weniger, als der unheilvolle Weltkrieg der Volksgesundheit ungeheuren Schaden zugefügt hat, welcher nunmehr zum größten Teil vom Volke selbst durch die Krankenkassen wieder gutgemacht werden muß.

Wohl hat die Kasse manches getan, was zur Hebung der Volksgesundheit dient. Zu der vor dem Kriege bereits vorhanden gewesenen eigenen Lungenheilstätte sind während und nach dem Kriege weitere vier Genesungsheime erworben und in Betrieb gesetzt worden. Wir verlangen aber, daß auf diesem Wege fortgeschritten wird, daß auch dem letzten Kranken die Möglichkeit gegeben wird, seine zerrüttete Gesundheit dort wieder herzustellen, wo es am sichersten und schnellsten geschehen kann.

Wir verlangen weiter, daß endlich mal mit der schon längst fälligen Familienversicherung

Familienversicherung

anfang gemacht wird. Die dieser lebensreichen Einrichtung entgegenstehenden Schwierigkeiten, namentlich von ärztlicher Seite immer wieder aufgeführt, müssen überwunden werden. Wir verlangen ferner, daß alle Einrichtungen, die der rechtzeitigen Erkennung der Krankheiten dienen, weiter ausgebaut werden. Das sind diagnostische Institute in der Blüthezeit, genügt nicht, in anderen Stadtteilen müssen gleichartige Institute errichtet werden. Endlich verlangen wir, daß die Krankenkasse auf dem Gebiete der Krankheitsversicherung alles tut, wozu sie nach der R. V. D. berechtigt ist. Dabei ist nicht zu vergessen, daß Ursachen der Volksleiden, wie Tuberkulose, Syphilis und



Trinkbranntweine

der Reichsmonopolverwaltung
Gewähr für Güte, Reinheit und richtiges Maß

Klarer **31 Mark** Rummel
(nach Nordhäuser Art) (mit Zucker gesüßt)

Inhalt jeder Flasche genau $\frac{3}{4}$ Liter 35 Raum %

Im Einzelverkauf: In Feinkosthandlungen, Lebensmittelgeschäften, Gastwirtschaften, Warenhäusern u. a.
Zum Wiederverkauf Für die Provinz Brandenburg: bei der Monopolbranntwein-Vertriebsgesellschaft m. b. H. Berlin 12, 10, 23, Breiten-Arten-Platz 22, 92

Wiederverkauf in anderen Teilen des Reichs: Nachweis durch die Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein
Abteilung Trinkbranntwein Berlin 70, 9.

Theater und Vergnügungen

Volkshöhne
7 1/2 Uhr:
Der Bauer als Millionär
Neues Volkstheater
Abend 8 Uhr:
Die Wildente

Staatstheater
Opernhaus
8 1/2 Uhr:
Der Hofkapellmeister
8 1/2 Uhr:
Torquato Tasso
8 1/2 Uhr:
Die Meistersinger

Stammerpiele
8 1/2 Uhr:
Der Scherz
Großes Schauspielhaus
8 1/2 Uhr:
Die Räuber

Wallner-Theater
Täglich 7,30 Uhr:
Nixchen
Theater
am Hollendorferplatz
8 Uhr:
Der Better aus Dingsda

Romische Oper
7 1/2, 9, 10, 11 Uhr:
Die große Ausstattungs-Operetten-Revue
Der Herr der Welt

Al. Apollotheater
Friedrichstraße 210
Unter persönlicher Leitung des Komponisten
Paul Lincke
FRAU LUNA
Musiktheateroperette

Theater i. d. Königgräber Str.:
Heute Donnerstag
8 Uhr:
Die Fahrt ins Blaue
Erika Blücher, Richard, Engl, Ernst Pröckl, Stiebs, Blot
Ab Freitag 8 Uhr:
Manon Lescaut
Sonntag 3 Uhr: Calomne

Komödienhaus:
Heute und Freitag 8 Uhr:
Jonny
Büsenfreund
Hans Wälsby, Arnold Rieck
Ab Sonntag, 10 Uhr:
Die Fahrt ins Blaue
Erika Blücher, Richard, Engl, Pröckl, Stiebs, Daraberg
Ab 3. Die Nacht mit Lola

Berliner Theater:
Täglich 7,30 Uhr:
Prinzessin Olala
Musik von
Jean Gilbert

Trianon-Theater
Täglich 8 Uhr:
Mein Freund Kuddu
Sonntag 4 Uhr: Kleine Preise
Die Freundin

RESIDENZ-THEATER
8 1/2 Uhr:
Der König in Paris
Sonntag, 4 Uhr: Kleine Preise
Eugen Humbrecht

KLEINES THEATER
8 1/2 Uhr:
Garza in Eosie in
Frl. Jovetta - malteser Frau
Sonntag, 4 Uhr: Kleine Preise
Café des Arts

Waltha - Theater
8 Uhr:
Die Gloden von Corneville
Theater des Offens
7 1/2 Uhr:
Das Glück der kleinen Leute

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: 16077
Tägl. 7 1/2, 11 Uhr u.
Abg. nachm. 3 Uhr
Eille-Sänger
Wiederholungs-Konzert
Sokl. 11-12, u. 4-5

METROPOL
KRIEGER
Behrenstraße 54.
8 Uhr:
Der unheimliche
Oktober-Spielplan

Circus Busch
Tgl. 7 1/2, Abg. nachm. 3 Uhr.
Der Circus der Berliner
18 Circus-Bandwagen in
Schaufenster
Sonderverkauf!

CIRCUS
BLUMENFELD'S
MAGDERBURG
Neukölln
am Politzplatz
22 Circus-7 1/2
Attraktionen!

MARMORHAUS

Direktion: Siegbert Goldschmidt

Richard Oswald Lichtspiele

8 Uhr HEUTE 8 Uhr
Uraufführung
des Millionen-Films der Richard Oswald Film A.-G.
Lady Hamilton
im Marmorhaus und in den Richard-Oswald-Lichtspielen

7 Akte frei nach der Historie und den Romanen von Heinrich Vossler Schumacher „Liebe und Leben der Lady Hamilton“ und „Lord Nelsons letzte Liebe“ von Richard Oswald

in den Hauptrollen:
Liane Haid / Eise Helms / Gertrud Welker / Ilka Grüning / Käthe Waldek / Adele Sandrock / Julie Serda Conrad Veldt / Reinhold Schünzel / Werner Krauß / Georg Alexander / Theodor Loos / Hans Melnz v. Twardowski / Friedrich Kühne / Heinrich George / Louis Ralph / Hugo Döblin / Anton Pointner / Paul Glidi

Entwurf der Dekorationen: Paul Leni
Bauten: Paul Leni, Hans Dreier

Regie: Richard Oswald

Die Aufnahmen sind in beiden in Italien hergestellt
In beiden Theatern:
Erscheint im Sonderverleih der National-Film-A.-G.

Erhöhte Eintrittspreise von 10⁰⁰ M. bis 50⁰⁰ inkl. Steuer
Dienstplätze, Ehrenkarten und Freikarten aufgehoben.
Heute findet im Marmorhaus nur eine Vorstellung um 8 Uhr statt, für die über die gesamten Plätze verfügt ist. In den Richard-Oswald-Lichtspielen heute zwei Vorstellungen: um 7 und 9 Uhr.
Vorverkauf an beiden Theatern vormittags 11-1 Uhr für 3 Tage im voraus.

Beethovenaal. Heute, Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
Arten- und Lieder-Abend. — Helms
Carneri-Kurz
Händel, Brahms, H. Wolf, Korngold, R. Strauss, Waingartner, Leo Bloch, Humperdinck, Marx.
Am Klavier: Georg Markowitz. — Kl. 15-3 M.
und Julius Sachs o. m. b. H.

Beethovenaal. Heute, Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
Arten- und Lieder-Abend.
Ernst FISCHER
(f. Bariton der Staatsoper Wien)
Schubert, Schumann, Mendelssohn, Loewe, Brahms, Tschakowsky, Donizetti, Bizet, Marschner.
Am Klavier: Dr. V. E. Wolff. — Kart.: 15-3 M.
Karten für obige Veranstaltungen bei Bote & Bock, Wertheim u. a. d. Abendkasse

Seien! Ausschneiden!

(sonst Ihr Schaden!)

Der Ankauf von Gold, Silber, Platin in Form von Gegenständen aller Art, ebenso von Münzsammlungen und Brillanten findet zu bekannt hohen Preisen bei mir statt. Sendungen von außerhalb per Wertbrief erbeten.

Absendung des Kaufpreises erfolgt am Tage des Einganges, auf Wunsch auch telegraphisch.

Haase, Wechselstube
BERLIN, Oranienburger Str. 51
Einwecheln v. ausländ. Gold- u. Silbermünzen
Telegramm-Adresse: Silbers-Wechsel.
Geöffnet von 9-7 Uhr.

Pfandscheine, Brillanten Gold, Silber (Bruch) Platin, Zahngebisse
Zahn 10-150 Mark
Prismen-Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Einwecheln v. ausländ. Gold- u. Silbermünzen
Kurt Kehlert, Berlin
Lothringer Str. 34

einmal geprobt — immer gelobt. Feinst. Geschmack; stets frisch. Zu kaufen in den Nigarrenschicht. u. m. Neue Verkaufsstellen richtet ein!
Kapitän-Kautabak
Berlin, Rixdörfer Straße 22 (Tel. 7. 2961).

Casino-Theater
Erzelenz-Mage
8 1/2, 11 Uhr: Panoptische
Säle frei! f. Hochschulen u. Versammlungen zu bill. Preisen
Reliefschilder, Kuppelstr. 29
Inhaber: Gullon Semajki

Geöffnet 9-7
Amf Zeitabteilung Anzüge
Cutaways, Uinter, Schöpfer, Raglans, Mehrere, mod. Scher, Segn., diskrete Kostengest.
Kein Laden
Leiser
Nollendorferstr. 22 a.
Sonntag 9-1

Schokoladen
in großer Auswahl sowie Cigaren, Bonbons, Kaffee, Weihnachtsartikel
allerbillig für Händler und Wiederverkäufer
Schneider, Rodenbergstr. 27

Frauenhaare
ausgek. kostg. zu händ. Preis
Waisenhausstr. 39

Damenwäsche
Näherinnen und Arbeitsstuben
finden bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung. Meldung mit Probearbeit bei
Leonhard Tietz A.-G.
Stralauer Straße 42-43, II. Hof, 2 Tr.

Kreuzfüchse
Silber-, Zobel-, Alaska-375
füchse, Wölfe, seltene Prachtexemplare an

Durch frühzeitige große Einkäufe sind wir in der Lage, heute noch Preise zu stellen, die in Anbetracht des Waren-Marktes als „sensationell“ zu bezeichnen sind

Leihhaus
Brunnenstraße 5
direkt am Rosenthaler Tor

Krankenfühle
a. L. W., wehrer Gefäßfahre
Schmalenberg
Nagelberger Str. 16
Pistolen
kauft zu höchsten Preisen
Rein, Stutzenfr. 50.
Sehr billig! Schuss haltend
Schrotfl., Wölfe und Jagd-
schnecken, Landsberger Str. 34

Ausschneiden!
Noch einmal **Sensationelle 3 Sonder-Tage**

Donnerstag, 20. 10.	Freitag, 21. 10.	Sonntag, 22. 10.
Schlüpfer u. Raglans Flausch u. Homospun aus prima Flausch, erstklassige Maßarbeit, Lederknöpfe	allerneueste Modelle, Prachtexemplare 450, 500, 600, 700, 800	600 900 900
Anzüge wunderbare Fassons	400, 450, 500	500
Anzüge Erstherb. Maß- u. erstklassig, 2. T. engl. Maßstoffe, Rohhaar-Friedensverarb.	600, 700, 800	900
Cutaways unerschütterlich in Qualität und Arbeit	650	650

Leihhaus
Brunnenstraße 5
direkt am Rosenthaler Tor

Ausschneiden!
Keine Versandware

Ausschneiden!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
1 Exemplar der **zweimal** täglich erscheinenden Zeitung
„Freiheit“
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der **unabhängig** einmal erscheinenden
illustrierten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“
zum Preise von **2 Mk. 12** — monatlich, **2 Mk. 6** — halbjährlich,
bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____
Str. _____
(Namen deutlich schreiben, überfür genau ausfüllen: vom, auf, über, durch)

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben
oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, einzuliefern.

Geöffnet 9-7
Amf Zeitabteilung Anzüge
Cutaways, Uinter, Schöpfer, Raglans, Mehrere, mod. Scher, Segn., diskrete Kostengest.
Kein Laden
Leiser
Nollendorferstr. 22 a.
Sonntag 9-1

Schokoladen
in großer Auswahl sowie Cigaren, Bonbons, Kaffee, Weihnachtsartikel
allerbillig für Händler und Wiederverkäufer
Schneider, Rodenbergstr. 27

Frauenhaare
ausgek. kostg. zu händ. Preis
Waisenhausstr. 39

Hyänen der Wohltätigkeit

Hinter den Kulissen des Invalidendanks

Die „Invalidendank G. m. b. H.“ gehört zu jenen zweifelhaften Unternehmungen, die unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit große Gewinne einheimen, die regelmäßig, wenigstens zum größten Teile, in die falschen Taschen fließen.

Die Firma, die nach dem Kriege von 1870/71 gegründet worden war, machte ihre Geschäfte nach außen hin stets unter der Flagge: „Alles für die Invaliden!“ Wie es in Wahrheit zutrifft, schildert der „Reichsbund“, das Organ der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, die durch dergleichen Praktiken auch sonst schwer zu leiden haben, folgendermaßen:

Mit der Entfernung vom Krieg und der Verminderung der Invaliden aus den Jahren 1870/71 drohte das bis dahin florierende Invalidegeschäft des Invalidendanks immer mehr zurückzugehen, bis im Jahre 1907 die Firma Haasenstein u. Vogler sich des Unternehmens in liebevoller Weise annahm und sich mit 520 000 M. bei der Gesellschaft beteiligte. Haasenstein u. Vogler hatte damit das Unternehmen vollständig in der Hand und sich durch Vertrag 70 Prozent des Reingewinns gesichert. Nach außen ging aber alles noch unter der Flagge für die Invaliden. Da der Invalidendank in den auf diesen Vertragsabschluss folgenden Jahren fast dauernd mit Unterbilanz arbeitete, mußte bei Kriegsausbruch das Kapital der Haasenstein u. Vogler A. G. als verloren gelten. Mit dem Krieg mußte jedoch wieder das Interesse für die Fürsorge für die „Invaliden“. Auch die Möglichkeit einer neuen Geschäftskonjunktur tauchte auf. Die Propaganda für die Kriegsanleihen wurde bekanntlich immer großzügiger. Die Reichsbank hat nun den Löwenanteil der für die Kriegsanleihen ausgeworfenen Propagandaposten der Invalidendank G. m. b. H. überwiesen. Die Zeitungen, die auf diese Anleihen hohe Rabatte gaben und mit ihnen die ganze Öffentlichkeit waren sicher der Meinung, daß die Riesenerlöse, die auf diese Weise für das Annoncenbureau zustandekamen, den armen Opfern des Krieges zugute kommen würden.

Die Bilanz des Jahres 1916/17 weist einen Reingewinn von 543 105 M. auf. Die beiden „Geschäftsführer“ General Redde und General Behn, deren Tätigkeit in der Hauptsache darin bestand haben soll, daß sie ihre Zigarren im Bureau des Invalidendanks rauchten, erhielten ein Jahresgehalt von je 4000 M. So ganz nebenbei erhielt Excellenz Redde auch noch für Provision und Tantieme die beschriebene Summe — die Marx hatte damals noch nahezu Goldwert — von 81 150 M. Ein weiteres Mitglied des Aufsichtsrats General von Gablenz bezog an Tantieme die Kleinigkeit von 25 575 M. und Haasenstein u. Vogler verrechneten ohne jede Gegenleistung 25 575 M. „Regieposten“. Von dem dann noch verbleibenden Gewinn erhielt Haasenstein u. Vogler 286 441 M., der Invalidendank, das Wohltätigkeitsinstitut, dem Geschäfte infolge seines Wohltätigkeitscharakters zugewiesen waren, 122 780 M. Die Differenz, die sich dann noch ergibt, erklärt sich dadurch, daß mehrere Tausender zur Verteilung an Herren von der Reichsbank und als Bestechungsgelder an das Generalkommando des III. A. R. aufgewendet wurden, um die Reklamation besonders deliktischer Patrioten durchzuführen, die bei Haasenstein u. Vogler oder beim Invalidendank „für die innere Front“ kämpfen mußten.

Das Jahr 1917/18, während welchem die Masse des deutschen Volkes und namentlich die inzwischen ungeheuer angewachsene Zahl der Kriegsoptionen sich an Kahrübungen und ähnlichen Deliktatessen vergnügte, war noch lukrativer. Der Reingewinn betrug in diesem Jahr 1 064 166 M. Davon sollte Haasenstein u. Vogler wiederum „Regieposten“ in Höhe von 54 166 M. und einen weiteren Gewinnanteil von 632 500 M. ein. Außerdem erhielt das Personal von Haasenstein u. Vogler eine Tantieme von 7500 M. Das Personal des Invalidendanks eine solche von 17 500 M. Auch die Herren Generale erhielten wieder durchschnittlich Tantieme in Höhe von je 25 000 M., Excellenz Behn sogar sogar neben einem Gehalt, das er als reaktiver Offizier bezog. Für den Invalidendank, also für die Invaliden selbst, blieben von dem Millionengewinn ganze 292 500 M. übrig.

Das Schöne ist aber, daß die Riesengewinne, welche die Firma Haasenstein u. Vogler in den Kriegsjahren auf diese Weise erzielt hat und die von dem Standpunkt der Moral

aus jedenfalls den Kriegsoptionen gehörten und nicht den Aktionären, in der Bilanz in der geschicktesten Weise ver-
schleiert worden sind.

Im Laufe des Jahres 1920 wurde nun der Versuch unternommen, die Riesengewinne, die vom Standpunkt der Moral und Ethik den Kriegsbeschädigten und nicht den Aktionären der Haasenstein u. Vogler A. G. gehören, den Kriegsoptionen wieder zuzuführen. Es war nicht leicht, Licht in die dunkle Angelegenheit zu bringen. Am 1. Januar 1920 war die Firma Haasenstein u. Vogler erloschen und in der „Aia“ aufgegangen, die bekanntlich in der Hauptsache die rechtsstehende Presse mit Inseratenaufträgen versieht. Die Herren Direktoren, mit denen in der Angelegenheit Rücksprache gepflogen wurde, erklärten, die Haasenstein u. Vogler A. G. existiere nicht mehr, ihnen sei die Angelegenheit unbekannt, sie beäuerten lebhaft um. Es gelang jedoch, die Adressen der Mitglieder des Aufsichtsrats der Haasenstein u. Vogler A. G., die sich in Liquidation befand, ausfindig zu machen, und es wurde verlangt, daß der Vorsitzende dieses Aufsichtsrats, der Geheim Kommerzienrat Lucas, der seinen Wohnsitz im feudalen Tiergarten-
viertel hatte, zu veranlassen, eine Aufsichtsratsitzung einzu-
berufen, in welcher der ganze Sachverhalt behandelt wurde. Die Herren hatten sehr viele und schöne Worte für die Invaliden, aber den Geldbeutel, den sie unrechtmäßigermesse mit dem Gelde der Invaliden gefüllt hatten, wollten sie doch nicht öffnen. Bis jetzt haben sich die Herren nicht mehr gerührt.

In Staatsanwaltschaft und Wohlfahrtsbehörden richten wir daher jetzt die Frage, was sie angesichts solcher Tatsachen zu tun gedenken?

An unsere Postabonnenten!

Um jede Verzögerung oder Unterbrechung in der Zustellung der „Freiheit“ an unsere Postbezieher zu vermeiden, ist es unbedingt erforderlich, daß die Bestellung der „Freiheit“ für die Monate November und Dezember bis spätestens zum 20. Oktober beim zuständigen Postamt oder Briefträger erfolgt. Spätere Bestellung verursacht unbedingt Verzögerung in der Zustellung. — Der Bezugspreis der „Freiheit“ beträgt einschließlich Zustellungsgebühr 12 M. pro Monat oder 36 M. pro Quartal. „Freiheit“-Verlag.

Vorläufig keine Befreiung von der Angestelltenversicherung

Die Angestelltenversicherung erstreckt sich jetzt bekanntlich bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 30 000 M. Die Beiträge sind vom 1. August an zu zahlen. Der Reichsschatzminister macht kein Versehen darauf aufmerksam, daß das neue Gesetz eine Befreiung der Angestellten von der eigenen Beitragsleistung auf Grund einer kürzlich abgeschlossenen Lebensversicherung nicht vorsieht. Sollte trotzdem ein Beschäftigter einen Antrag auf Befreiung gestellt haben, so sind auch ihm die Beiträge vom Gehalt solange einzubehalten und abzuführen, bis er durch Befreiung in seiner Aufnahme- oder Versicherungsart nachweisen kann, daß der Antrag auf Befreiung genehmigt ist. Der Versicherte kann dann die zuviel entrichteten Beiträge von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zurückfordern.

Noch immer unbezahlte Ueberstunden bei Behörden

Wir veröffentlichten kürzlich eine Zuschrift, die besagte, daß beim Amtsgericht Berlin-Schöneberg ein Bureauhilfsarbeiter, der einen Antrag auf eine vierzehntägige Beurlaubung wegen Krankheit eingereicht hatte, von seinem Abteilungsleiter auf vier Wochen beurlaubt wurde. Jetzt wird uns dazu vom Verband preussischer Justizamtmänner mitgeteilt, daß daraus nicht, wie wir annahmen, eine Verschwendung von Staatsgeldern entsteht, sondern daß durch die Ablehnung der Beurlaubung auf vier Wochen bei es möglich gewesen, einen Vertreter zu beschaffen, der sich damit gleichzeitig die Anwartschaft auf eine Prüfung erwirbt. Also sei damit nicht nur dem Kranken, sondern auch dem Kollegen gedient gewesen, ohne eine Belastung der Staatskasse herbeizuführen.

Man sollte nicht annehmen, daß heute noch bei Behörden die oft gerügte Unförmigkeit, Vertretung von erkrankten oder beurlaubten Angestellten nicht zu beschaffen, sondern einfach diese

Arbeiten den übrigen Kollegen übertragen werden. Diese Uebertragung der Arbeit ist nur möglich, wenn die Betreffenden sonst nicht voll beschäftigt sind, oder sie hat zur Folge, daß sich bei allen anderen Beschäftigten daraus die Notwendigkeit für besonderen Erholungsurlaub ergibt und die durch Krankheit veräumte Zeit allgemein steigt. So wenig wie gebadet werden kann, daß Angestellte nicht voll beschäftigt werden, so wenig darf gebadet werden, daß Raubbau an ihrer Gesundheit getrieben wird.

Zentralisation der städtischen Statistik

Infolge der Bildung der Stadtgemeinde Berlin werden die einzelnen gemeindestatistischen Ämter von Groß-Berlin nunmehr aufgelöst, die bisher außer in Berlin selbst in Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Spandau und Neukölln bestanden haben. An deren Stelle ist das „Statistische Amt der Stadtgemeinde Berlin“ getreten, dessen Leitung dem Direktor des bisherigen statistischen Amtes der Stadt Berlin, Professor Dr. Silbergleit, übertragen worden ist.

Arbeiter-Bildungsschule U. C. P.

Heute abend 7 Uhr beginnt in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, der Kursus des Genossen Alexander Stein: Der Marxismus in der Praxis. Der Vortragende wird insbesondere die folgenden Themen erörtern: Der wissenschaftliche Sozialismus als Grundlage der modernen Arbeiterbewegung. Die Stellung des Marxismus zu den Hauptproblemen der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Entwicklung. Die Hochentwicklung des Kapitalismus und der politische Aufstieg des europäischen Proletariats. Reformistische und revolutionäre Tendenzen in der Arbeiterbewegung. Der Weltkrieg und die Krise des Marxismus. Die Zerwege des Kriegsozialismus und des Bolschewismus. Die weltpolitische Entwicklung und der Stand der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern. Neue Wege in der Theorie und Praxis des Sozialismus.

Moegen, Freitag, abends 7 Uhr, beginnt der Kursus des Genossen Eugen Prager: Die Staatswirtschaft in der Gegenwart. Die Gliederung des Kursus ergibt sich aus der nachstehenden Inhaltsübersicht: Die Finanzwirtschaft vor dem Kriege. Die Dedung der Kriegskosten in Deutschland, England und Frankreich. Die Kriegsanleihen. Der Sturz der deutschen Wäuta, seine Ursachen und seine Wirkung auf Volkswirtschaft und Staatsfinanzen. Die Steuerpolitik vor und während des Krieges. Die Erbenerbschaft Steuerreform. Das Steuerprogramm Wirths. Die Reparationslasten. Das Wesen der direkten und indirekten Steuern. Die Wirkung der einzelnen Steuerarten auf Volkswirtschaft und Einzelhaushalt. Ein sozialistisches Steuerprogramm. Die Erfassung der Goldwerte. Staatsmonopole. Das Steuerproblem und die Sozialisierung.

Siedlervereinigung Groß-Berlin

Die Bestrebungen von Staat und Gemeinde im Siedlungswesen sollen durch die vor kurzem ins Leben gerufene „Siedlervereinigung Groß-Berlin“ tatkräftig unterstützt werden. Vielfache Mißstände, welche trotz guten Willens der Behörden hervorgerufen lassen sich durch sachgemäßes Hand-in-Hand-Arbeiten bei der Vertretung der Siedlerinteressen vermeiden. Schnellere Prüfung und Entscheidung bei neu aufgestellten Bebauungsplänen eotl. Vereinfachung des Verfahrens ist dringend zu wünschen. Die Bestimmungen der geltenden Bauperordnung stehen den Erfordernissen der Praxis häufig im Wege. Eine der Not der Zeit am gemessene Handhabung der Bestimmungen oder entsprechende Abänderungen sind kaum zu umgehen. Sinn und Zweck der gesetzlichen Bestimmungen werden häufig in ihr Gegenteil verkehrt wenn die mit ihrer Durchführung beauftragten Behörden an die frasse Form gebunden sind. Anregungen aus der Praxis sind wohl geeignet, hier Wandel zu schaffen. Die fast ausschließlich den erwerbstätigen Ständen angehörenden Kleinriedler sind meistens Laien. Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen, Mangel öffentlich kontrollierbarer Rat- und Auskunftserteilung in allen Angelegenheiten, auch bei der Auswahl der Grundstücke, Finanzierung und Bau des Eigenheims haben häufig Verlust an Zeit und Geld im Gefolge und vielen Interessenten, welchen die Möglichkeit zu einem Kleinbauhaus gegeben ist, die Lust genommen. Zudem verlor der wirtschaftlich weniger erfahrene Kleinriedler sehr oft sein Geld durch Erwerb von Anteilen finanziell schlecht geleiteter Genossenschaften. Das ist angesichts der immer größer werdenden Wohnungsnot sowohl als auch im Standpunkt der Volksgesundheit sehr zu bedauern. Diesen Uebelständen muß nach

Der Prophet

Erzählung von Konrad Loete.

Jegendwo in Flandern geschah eine Sprengung, und unverzüglich starben ein paar Duzend Soldaten den Helden-
tod. Nicht so der Gefreite Vogt, der etwas abseits in einem Stollen gefessen hatte. Dieser Verzögerung hörte, ohne sich über die Bedeutung des Vorgangs klar zu werden, einen Schlag, ein Knirschen, spürte einen Druck und sah prächtige Lichterscheinungen. Sein Jähbewußtsein begann einen Wirbelstanz, erst wie ein Mann in einem Gefängnis, dann wie eine Maus im Käfig, zuletzt wie ein Floh in einer Uhrkapfel. Ihm war, als würden durch diese Spiralsbewegung die Schriftzüge seines ihm noch bewußten Namens zu einer Kreislinie ausgezogen, und sein Ich wurde zu einem Punkt, zu einem Fünflinchen, das endlich im Wesenlosen erlosch.

Zufällig kam Vogt bereits am nächsten Tage bei Räumungsarbeiten wieder zum Vorschein.

„Diese fast neue Uniform enthält Bruchstücke!“ sagte ein Soldat, und man legte den Gefreiten als unbrauchbar vorläufig auf die Grabenwand. Aber die frische Luft und das fröhliche Krachen einschlagender Geschosse kitzelten die noch warme Zirkeldrüse. Vogt blinzelte, und man brachte ihn zu einem Verbandsplatz und von da ins Lazarett.

Seufzen, Stöhnen, mühseliges Gewinsel und Geschrei veränderten den an sich erfreulichen Fortbestand des Lebens. Der Arzt wunderte sich: „Der Kerl hat eine Pferdenatur.“ Und tatsächlich wuchsen einige zerbrochene Knochen wieder zusammen, der Riß in seiner Lunge vernarbte, und die gequetschten Eingeweide wälzten sich in ihre alte Lage zurück; aber das Gehirn schien auch einen Riß, einen Bruch oder Sprung erhalten zu haben. Der Gefreite Vogt glogte torenhaft, völlig unfähig zu Äußerungen immerhin berechtigter Freude, vor allen Dingen schüttelte er, sobald nur sein Hals einigermaßen dazu imstande war, taftmäßig und ohne Aufhören mit dem Kopf. Man gab ihm den vorläufig nützlichen Rat, dieses Schütteln im Interesse der Kosmetik zu unterlassen, und schickte ihn in ein überzähliges, altes Schloß eines Reichsfürsten, das zu einem Erholungsheim für beschädigte Soldaten hergerichtet war. Da er die für seine Kameraden ungewohnte Gewohnheit hatte, wie ein Seeungeheuer im Schlaf zu grunzen, verbannte man ihn aus dem gemeinsamen Schlafsaal in ein leerstehendes Turmzimmer. Das

Schloß stand hoch auf einem bewaldeten Hügel, und das Zimmer hatte eine von Kennern vielgerühmte Aussicht auf ein weites, dunkles Bergland, hier und da von grünen Fluren der Dörschen, die wie in den Wald hineingearbeitet waren, non gewundenen Tälern, die von einem erlenbewachsenen Wäldchen durchflossen wurden, durchbrochen.

Die Sommerhitze funkelte über der unberührten Landschaft, aber dem Gefreiten Vogt war dies ganz außerordentlich gleichgültig. Seiner zerstaubten und zerstoßenen Seele war eine Harmonieempfindung nicht zugänglich, und er schüttelte beinahe feindselig mit dem Kopfe.

Die Malerei an der Zimmerwand schien ihm bemerkenswerter. Meterlange, blau und rot gemalte Arabesken von Akonthusblättern, die hier und da in einen Stern, eine Blume oder den nackten Oberkörper eines Weibes endigten, schlängelten sich in sorgsam ausgefüllten Bindungen und Verrenkungen bis zur Decke und schienen unaufhörlich, zusammengeknäuel und in sich verschlungen, Inesfällig ihren Schöpfer um Erbarmen anzurufen. Vogt setzte sich vor dieses Meisterwerk eines wahnwitzigen, verführten Hofmalersmeisters, seine Augen wanderten hinter den Schnitzeln und Spiralen her, und dann und wann brummte er ironisch, wenn ein großer Riß in der Wand oder ein Stück herausgefallener Kalk die Wirrjaal unterbrach und seinem schweifenden Geist Hemmungen bereitete.

In den stillen, warmen Nächten erwachte er oft, von plötzlichen schmerzhaften Nervenschlägen geweckt. Dann erschraf er über die dumpfe Einsamkeit und zündete eine Kerze an. Das ungewisse Lichtgestader schien die Figuren an der Wand zu beleben, und er hielt sie einmal für einen Zaubersputz, ein andermal für rätselhaft Schriftzeichen, zu deren Entzifferung man ihn, den berühmten Forscher, auf den Turm geleht habe. Häufig stieg er in seinem großen Hemde, den Leuchter in der Hand, auf einen Stuhl und tastete mit den Fingern den labrinthischen Linien der Malerei nach. Und immer schüttelte er und sein Schatten an der Wand feierlich mit dem Kopfe.

Mit seinen Kameraden ließ er sich nicht ein. Er stieg ächzend und hinkend, ohne je Hunger zu fühlen, zu den Mahlzeiten, die in dem mit allerlei Mordgerät verzerrten Ritter-
saal des burgartigen Schlosses stattfanden, hinunter und ah-
fahlig, um diese lästige Angelegenheit möglichst schnell zu er-
ledigen. Man versuchte, ihn aufzubeitern. „Du bist der ein-
zig Vernünftige von uns, du schüttelst den ganzen Tag den
Kopf über den Krieg. Man müßte jahrelang schütteln, und

es wäre noch nicht genug.“ sagte einer wohlwollend. Ein anderer lachte ihn vertraulich an: „Kerl, hast du ein Glück; du brauchst dein Lebetag nicht wieder in den Heldengraben, sicher bekommst du eine fette Rente.“ Ein dritter sprach gleichgültig und wie zum Troste: „Der Krieg ist eine sinn-
tende Schweinerei.“

Vogt verzog zu alledem keine Miene; aber er verachtete diese Feiglinge. „Das wollen Soldaten sein! Diese bleichen, langohrigen Furchthäfen!“

Sein früheres, friedliches Leben vor dem Kriege hatte er beinahe vergessen. Wohl aber entfiel er sich genau der gewaltigen Kämpfe in Frankreich, der endlosen Märsche in Rußland, der brennenden Städte, der Winternächte, die er mit dem Gewehr in der Hand auf Posten verbracht hatte, der Schanzarbeiten tief unter der Erde, und er betrachtete die Narben an seinem Körper lange und noch länger das schwarz-weiße Band auf seinem Waffentod.

„Ich war ein Soldat!“ sagte er sich, traurig kopfschüttelnd.

Der Arzt, der dann und wann durch sein Zimmer ging, fand ihn nachdenklich vor der Schibiderei an der Wand sitzend. Er redete ihm gut zu: „Seien Sie doch munterer, Vogt! Stieren Sie doch diesen Blödsinn nicht so an. Ich will Ihnen einen Rat geben. Schauen Sie sich die Aussicht an! Sie schütteln mit dem Kopfe? Klemmen Sie diesen Pendelkopf zwischen die Fensterlägel, so, dann steht er wie eine Mauer. Alles geht vorüber.“

Vogt befolgte dieses Rezept und hörte unten die fröhlichen Stimmen der Soldaten, die ihn lachend beobachteten. Fast weinend vor Ingrimm schlich er in die entfernteste Ecke seines Zimmers zurück.

„Was wollen denn diese uniformierten Menschen hier? Soldaten gehören ins Feld. Sie müßten einander erschlagen; aber diese spielen wie junge Hunde.“

Er überlegte, wie viele Menschen bis jetzt wohl im Kriegs-
getöbel worden wären. „Sicher vier bis fünf Millionen;
glücklicherweise ist der Krieg noch nicht zu Ende. Wieviel
Fettner Fleisch! O, ich möchte alles gelassene Blut in einem
Faße sehen. Sicherlich könnte man ganz Europa damit rot
anstreichen. Fünfundzwanzig Millionen Liter Blut! Wenn
man nur die genauen Zahlen wüßte.“

Er stellte grausame Rechnungen an, die ihn sichtlich er-
freuten; aber sein schwacher Verstand verzagte bei den großen
Zahlen.

(Fortsetzung folgt.)

Möglichkeit gesteuert werden, indem jeden Siedelungs- und Bau-
 lüftigen die Gelegenheit zu ausreichender Rat- und Auskunft-
 einholung geboten wird.

Die obengenannte Vereinigung gibt jede Auskunft in Siede-
 lungsangelegenheiten. Ratshafte Fachleute, sowie ein im Grund-
 rücks- und Bauwesen erfahrener Jurist sind zur Mitarbeit ge-
 wonnen.

Mitglied können Einzelpersonen und auch kleinere Siedelungs-
 genossenschaften werden. Auch denjenigen Siedlern, welche aus
 finanziellen Gründen keiner Genossenschaft beitreten wollen oder
 können, kann geholfen werden als Mitglied dieser Vereinigung.

Die Geschäftsstunden sind vorläufig jeden Donnerstag
 von 6 bis 8 Uhr in Haverlands Festsaal, Ber-
 lin C, Neue Friedrichstraße 35, Eingang Koch-
 straße, Zimmer 2.

Schon wieder eine Bestechung bei einem Wohnungsamt

Die schon fast sprichwörtlich gewordene Bestech-
 lichkeit von gewissen Beamten der Wohnungsämter
 trat gestern wieder in einem Falle in Erscheinung, welcher die
 133. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte beschäftigte. An-
 geklagt war der Beamte eines Wohnungsamtes, Richard Gallert,
 und der Aufsichtsratsmitglied, wie tief die Überzeugung von der
 Bestechlichkeit von Wohnungsbeamten bereits in weite Volks-
 schichten gedrungen ist, beweist die Tatsache, daß der Angeklagte
 Fehrmann, als er heiraten wollte und eine Wohnung brauchte,
 einfach einem ihm bis dahin völlig unbekanntem Menschen, dem
 Angeklagten Gallert, ein „paar Blaue“ in die Hand drückte,
 die dieser auch ohne weiteres annahm. — Zu der gestrigen
 Verhandlung hatte es Gallert vorgezogen, nicht zu er-
 scheinen und sich durch ein Anwalt zu entschuldigen. Der Ange-
 klagte Fehrmann wies zu seiner Entschuldigung auf die eigen-
 artige Erscheinung hin, daß es Tausenden von auswärtig zuge-
 reisten Leuten möglich gewesen sei, eine Wohnung zu erhalten,
 wenn sie über das nötige Geld verfügten, während der gebürtige
 Berliner, wenn er nicht „nachhelfe“, vergeblich auf eine Woh-
 nung warten müsse. Er habe es deshalb so gemacht,
 wie alle anderen. Das Gericht sah die Sache auch deshalb
 milder an und erkannte gegen F. auf nur 300 Mark Geldstrafe;
 die Verhandlung gegen Gallert wurde vertagt.

Der Sturm auf das städtische Obdach

Der Sturm auf das städtische Obdach in der Fröbelstraße,
 der am 21. September d. J. im Anschluß an einen Demonstration-
 zug von Uffliten und Erwerbslosen unternommen
 wurde, hat das Schwurgericht des Landgerichts I an zwei Sitzungs-
 tagen beschäftigt. Die Anklage wegen Landfriedensbruchs und
 schweren Hausfriedensbruchs richtete sich, wie schon
 mitgeteilt, gegen den Arbeiter Achterketter, der zum
 Arbeiterrat der Obdachlosen gewählt worden war, und sechs
 andere Arbeiter, die Inzassen des städtischen Obdachs gemeldet
 waren und sich an den vorgekommenen Gewalttätigkeiten beteiligt
 haben sollten. Auf Grund des Wahrspruchs der Geschworenen
 verurteilte das Gericht den Angeklagten Achterketter zu
 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 10 Monaten
 Untersuchungshaft, den Angeklagten Wirsch zu 9 Monaten
 Gefängnis unter Anrechnung von 7 Monaten und den Angeklagten
 Kreis zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis unter Anrechnung
 von 1 Jahr Untersuchungshaft. Die übrigen vier Angeklagten
 wurden freigesprochen. — Die Verhandlung schloß mit
 einem Akt der Wildtätigkeit seitens der Geschwo-
 renen, die dem Rechtsanwalt Dr. Lubwig Meyer den Betrag
 von 105 M. als Ergebnis einer von ihnen veranfaßten Sam-
 lung für die Angeklagten überreichten. Es wäre besser
 gewesen, wenn die Geschworenen ihr mildes Herz bei der
 Fällung des Wahrspruchs hätten walten lassen. Der
 Fall, der der Anklage zugrunde lag und den wir keineswegs gut-
 heißen, trägt alle Merkmale eines Verzweiflungsauf-
 tates. Der Preispruch, dessen Wohlthat die Geschworenen einem Teil der
 Angeklagten zubilligten, wäre aber auch gegenüber den anderen
 gerechtfertigt gewesen.

Der Millionen-Einbruch bei der Dresdner Bank

Der Millionen-Einbruch in die Stahlkammer der Dresdner
 Bank, der im Anfang dieses Jahres schon zur Beturteilung des
 Hauptjägers Wendi zu hoher Zuchthausstrafe geführt hatte, er-
 lebte jetzt vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I ein gericht-
 liches Nachspiel. Unter der Anklage, zu diesem Verbrechen
 durch die Tat Hilfe geleistet zu haben, hatte sich der mehrfach vor-
 bestrafte Schlosser Wilhelm Schulz zu verantworten, gegen den
 das Verfahren seinerzeit wegen Verdachts der Geisteskrank-
 heit abgetrennt worden war. Wendi hatte damals auf Ver-
 anlassung des 16-jährigen Bureauaufsehers Gilewski den Plan ge-
 faßt, die neuingerichtete Panzeranlage der Zweigstelle der
 Dresdner Bank, Landsberger Straße 100, zu erschleichen und aus
 der dortigen Silberkammer die dort lagernden Mil-
 lionenwerte zu rauben. Dieser Plan glückte auch. An
 einem Sonnabendmorgen schlich sich Wendi mit Brodiant
 für drei Tage in das Kellergewölbe der Safeanlage ein, und so
 gelang ihm, in 88-jähriger ununterbrochener Arbeit mit
 Sauerstoffgas, Sprengstoffen und Bohrmaschinen die 1/2 Meter
 dicke Betonmauer sowie die moderne Tresoranlage zu durch-
 brechen und aus der Silberkammer für über eine Million
 Mark Werte zu entnehmen. Der jetzige Angeklagte

Schulz ist beschuldigt, für Wendis Bohrmaschinen die Bohrer be-
 sorgte und ständig geschliffen zu haben. Hierbei hatte er sich zwei
 Finger verletzt, wofür er von Wendi 2000 Mark „Schmerzen-
 geld“ erhielt. Diese Summe war ihm aber zu wenig. Er
 schrieb an Wendi, daß er ihm sofort weitere 8000 Mark geben
 solle, andernfalls er ihn zur Anzeige bringen würde. — Rechts-
 anwalt Dr. Herbert Fuchs suchte als Verteidiger des Angeklag-
 ten nachzuweisen, daß Schulz bei dem Schärfen der Bohrer in
 gutem Glauben gehandelt habe und von Wendi nicht vor
 der Tat in das verbrecherische Unternehmen eingeweiht gewesen
 sei. Die Sache ist dadurch herausgekommen, daß eine Bekannte
 des Angeklagten ein Gespräch beselbten mit seiner Schwester be-
 saulchte und Anzeige erstattet hatte. Der Angeklagte, der eine
 gutgehende Schlosserei betrieb, ist mehrmals wegen Diebstählen,
 die er mit Wendi zusammen ausgeführt hatte, verurteilt. — Der
 Angeklagte wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Volkshochschule Groß-Berlin

Heute, Donnerstag, beginnen folgende Kurse und Arbeits-
 geminschaften: Robdad: Einführung in die anorganische Chemie,
 Physikalisch-Chemisches Institut der Universität, Bunsenstr. 1,
 7 1/2 Uhr. — Böhler: Die Landkarte und ihre Benutzung, Georgen-
 straße 34-36, 7 Uhr. — Richter: Die indischen Religionen, Uni-
 versität, Hörsaal 100, 7 Uhr. — Liebert: Wissenschaft und Wirklich-
 keit, Universität, Hörsaal 3, Dorothienstr. 8, 7 1/2 Uhr. — Lybener:
 Angewandte Mathematik I. Teil, Invalidenstr. 42 Hörsaal XL,
 7 1/2 Uhr. — Gramwald: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie,
 ebenda, Hörsaal 6, 7 1/2 Uhr. — Jaedel: Einführung in das tech-
 nische Denken, ebenda, Hörsaal 10, 7 1/2 Uhr. — Müller: Strind-
 berg I. „Der Weg nach Damastus“, ebenda, Hörsaal 2, 7 1/2 Uhr.
 — Solger: Geschichte des Lebens auf der Erde, Tegel, Humboldt-
 schule, 7 Uhr. — Lamla: Die Lehre von der Wärme, Gleimstr. 49,
 7 1/2 Uhr. — Rosenberg: Die Entstehung der menschlichen Kultur-
 staaten und der menschlichen Gesellschaft, ebenda, 7 1/2 Uhr. —
 Herrmann: Der junge Goethe, ebenda, 7 1/2 Uhr. — Büchel: Ein-
 führung in die Philosophie und ihre Hauptprobleme, ebenda,
 7 1/2 Uhr. — Finn: Chemie der Metalle und ihre Bedeutung für
 Wissenschaft und Technik, Poststr. 44, 7 1/2 Uhr. — Seidel:
 Das Mitbestimmungsrecht der Betriebsvertretungen bei Einstel-
 lung und Entlassung, ebenda, 7 Uhr. — Burkhart: Geologische
 Hausmusik in Verbindung mit Sing- und Sprechübungen, ebenda,
 7 1/2 Uhr. — Sternberg: Grundfragen der wissenschaftlichen Er-
 kenntnis, ebenda, 8 1/2 Uhr. — Klem: Die Chemie im Gartenbau,
 Lichtberg, Parkstr. 12, 8 Uhr. — Ludwig: Gerhart Hauptmann,
 ebenda, 8 Uhr. — Gemsta: Wärme und Wärmestrahlung,
 Treptow, Neue Krugallee 5, 7 Uhr. — Krohn: Unsere norddeutsche
 Heimat, Oberhönneweide, Juppelstr. 11, 7 1/2 Uhr. — Grabert:
 Einführung in die Literatur der Gegenwart, ebenda, 7 1/2 Uhr. —
 Guth: Mathematik 3, Köpenick, Körner-Schule, 7 1/2 Uhr. —
 Kernmann: Einführung in das Hören von Musik, ebenda,
 7 1/2 Uhr. — Spring: Sexuelle Hygiene, Reutlin, Emsierstr. 137,
 7 1/2 Uhr. — Fernau: Das deutsche Drama: Friedrich Schiller,
 Reutlin, Roddinstr. 34, 7 Uhr. — Fernau: Sprech- und Vortrag-
 kunst, ebenda, 8 1/2 Uhr. — Günther: Anorganische Chemie, Mit-
 tenwalder Str. 34, 7 1/2 Uhr. — Pfeffer: Übungen in Musik-
 hören, ebenda, 7 Uhr. — Lütge: Lied- und Chorgesang als Haus-
 und Gesellschaftsmusik, ebenda, 8 Uhr. — Hildebrandt: Er-
 ziehungslehre, ebenda, 7 Uhr. — Jacobsen: Mathematik I,
 Tempelhof, Realgymnasium Kaiserin-Augusta-Str., 8 Uhr. —
 Gahn: Weltreise der Neuzeit, ebenda, 7 Uhr. — Müller: Die
 Gewerkschaften, ihr Werden und Wirken, Mariendorf 4. Ge-
 meindeschule, 7 Uhr. — Lohaus: Chemie der Nichtmetalle,
 Schöneberg, Barbarossaplatz 5, 7 1/2 Uhr. — Seymer: Bildung der
 Beobachtungsgröße, des Geschmacks und des Kunstgefühls durch
 Zeichnen und Malen, Schöneberg, Martin-Luther-Str. 22, 7 Uhr. —
 Edel: Beethovens Sinfonien, Schöneberg, Rüdigerschule, Rüdiger-
 straße, 7 1/2 Uhr. — Bollert: Einführung in die Kunst des mit be-
 sonderer Berücksichtigung von Architektur, Plastik und Malerei,
 Schöneberg, Barbarossaplatz 5, 7 1/2 Uhr. — Marquardt: Die
 Weltpolitik vor und nach dem Weltkrieg, Lichterfelde, Berliner
 Straße 41, 8 Uhr. — Springer: Vom künstlerischen Hören, Steglitz,
 Gymnasium Heefestr., 7 1/2 Uhr. — Steuer: Martin Luther
 und die Anfänge der Reformation, Lichterfelde, Berliner Str. 41,
 8 Uhr. — Heinig: Einführung in die Mathematik, Wilmersdorf,
 Uhländstr. 91, 7 1/2 Uhr. — Hirsch: Besichtigung und Fortpflanzung,
 ebenda, 7 1/2 Uhr. — Koellie: Deutsche Kulturgeschichte vom Ein-
 tritt der Germanen in die Weltgeschichte bis zum Ende der
 Hohenstaufen, Wilmersdorf, Oberrealschule am Seepark, 7 1/2 Uhr.
 — Söh: Shakespeare, Wilmersdorf, Uhländstr. 91, 8 Uhr. —
 Krause: Blütenbiologie, Charlottenburg, Schillerstr. 26, 6 1/2 Uhr.
 — v. Altesch: Das menschliche Denken, ebenda, 8 1/2 Uhr. —
 Hüppe: Deutsche Kultur und Wirtschaft, ebenda, 6 1/2 Uhr. —
 Staar: Die Willensbildung als Kern der Erziehung, ebenda,
 8 1/2 Uhr. — Hörerkarten an den bekannten Verkaufsstellen und
 an den Lehrstätten.

Auf der Hochbahn überfahren und getötet wurde in der ver-
 gangenen Nacht der 17 Jahre alte Joachim Mann aus Ebers-
 walde. Der junge Mann wurde auf dem Bahnhof Nordring auf
 dem Gleise schwerverletzt aufgefunden und nach dem Lazarus-
 Krankenhaus gebracht. Als man dort mit ihm ankam, war er
 schon tot. Ob er verunglückt ist oder sich in selbstmörderischer
 Absicht vor den Zug geworfen hat, ist noch nicht festgestellt.

Preussischer Landtag

58. Sitzung, Mittwoch, den 19. Oktober.

Der Kartoffelwucher der Agrarier

Abg. Cronowski (Ztr.): Wir beurteilen auf's Schärfste die
 Ausnutzung der Kartoffelnot zu parteipolitischen Agitation, wie
 wir sie gestern bei dem deutschnationalen Reoner er-
 lebt haben. Die Regierung muß sich klipp und klar äußern über
 ihre Maßnahmen gegen die schamlose Preistreibeerei und für die
 Versorgung der notleidenden Bevölkerung. Wir wollen endlich
 Taten sehen, denn die Ruhe, die jetzt noch herrscht, ist die Ruhe
 vor dem Sturm. Die Lebenshaltung ist in Westdeutschland
 seit 1914 um das Fünfundzwanzigfache gestiegen, da soll man
 endlich aufhören, mit dem idiotischen Geschwätz von der Begehr-
 lichkeit der Arbeiter und Angestellten.

Abg. Limberg (Soz.): Der deutschnationale Redner hat gestern
 den Wucher geradezu theoretisch gerechtfertigt. Die Land-
 bünde predigen offen den Hungerkrieg gegen das deutsche Volk.
 Dabei hat die Landwirtschaft in den letzten Jahren riesige Ein-
 nahmen gehabt, überall Verbesserungen der Betriebe vornehmen
 und Hypothekenschulden abzahlen können. Im freien Gegensaß
 dazu steht das Elend in den Kreisen der Arbeiter, Angestellten
 und Kleinrentner. Die Lebensmittelpreise sind bis zum Fünf-
 undzwanzigfachen gestiegen, die Löhne und Gehälter dagegen
 nur um das Acht- bis Zehnfache. Sie (nach rechts) dürfen sich
 nicht wundern, wenn in den Industriegebieten

neue Streiks und neue Lohnforderungen

kommen, und das wird sicherlich geschehen, wenn die Preiswelle
 so weiter steigt. Unsere Kartoffelernte steht etwas hinter der
 Mittelernte zurück. In manchen Gegenden hat ein Morgen 160
 bis 170 Zentner Ertrag geliefert. Von den Agrariern wird aber
 systematisch auf die Preiserhöhung für landwirtschaftliche Pro-
 dukte hingearbeitet. Die Wucherer müssen härter angefaßt
 werden. Nur Justizhankraften werden hier gründliche Arbeit
 leisten. (Beifall v. d. Soz.)

Abg. Klausner (USP.):

Die Ursachen der ungeheuren großen Wucherpreise liegen in der
 unersättlichen Profitgier der Agrarier und der Händler. Trotzdem
 man schon heute bis zu 60 Mark pro Zentner ab Feld verlangt,
 wird noch verlust, diesen Preis durch Zurückhaltung
 künstlich in die Höhe zu treiben. Die Erhöhung der
 Düngerpriese, die als Ursache für die hohen Kartoffelpriese an-
 geführt werden, hat die Wirkung in diesem Maße nicht hervor-
 gebracht. Im Jahre 1914 betrug die Kosten für den Dünger
 3 Pfennig auf den Zentner der geernteten Kartoffeln. Jetzt sind
 die Düngerpriese auf 75 Pfennig pro Zentner gestiegen unter
 Zugrundelegung einer Ernte von 60 Zentner pro Morgen. Vor
 dem Kriege haben wir in Berlin 2 Mark für den Zentner bezahlt.
 Wenn der Arbeiter 30 Mark pro Woche verdient, konnte er dafür
 15 Zentner Kartoffeln kaufen. Heute muß er 3 bis 4 Wochen
 arbeiten, um dieselbe Kartoffelmenge zu kaufen. Hier liegt eine
 unerhörte Ausbeutung des wertigen Volkes vor, und wenn der
 Zentrumsvredner erklärt, „das haben wir uns unter der restlosen
 Beteiligung der Zwangswirtschaft nicht vorgestellt“, so kann die
 U. S. P. D. für sich in Anspruch nehmen, auf diese Gefahren recht-
 zeitig aufmerksam gemacht zu haben. Das Zentrum kann aber
 auch in diesem Fall keine Zweifelseletheorie nicht verleugnen,
 indem hier verlust wurde, mit scharfen Tönen für die Ver-
 braucherinteressen einzutreten, während es nicht möglich ist, in
 den Zentrumsvredner die Landwirte zu veranlassen, ihre Kar-
 toffeln zu annehmbaren Preisen abzugeben. Wir danken für das
 Christentum, das sich darin dokumentiert, mit dem Gebetsbuch
 unter dem Arme bis zu 5 Mark für das Liter Milch und bis zu
 80 Mark für den Zentner Kartoffeln zu fordern,

während das Volk zugrunde geht.

Es muß immer wieder betont werden, daß die deutschnationalen
 Kreise systematisch den Boden für derartige Wucherpreise vor-
 bereitet und dabei mehr oder weniger die Unterstützung der
 anderen bürgerlichen Parteien gefunden haben. Es ist nichts als
 parteipolitische Demagogie, eingegeben von der Freiheit und
 Unverschämtheit (Ordnungsruß des Präsidenten), wenn die
 Deutschnationalen so tun, als ob sie in der Kartoffelversorgung
 ernstlich Besserung herbeiführen wollten. Den Konsumenten muß
 immer wieder gelagt werden, daß gerade die deutschnationalen
 Kreise es sind, die aus nackten Profitinteressen die Preise immer
 mehr steigern. Wir fordern die sofortige Beschlagnahme und die
 Sicherstellung der vorhandenen Vorräte. Wir fordern die Ver-
 pflichtung der Erzeuger, auf Grund eines schärf zu padenden
 Umlageverfahrens eine bestimmte Menge Kartoffeln zu
 einem festzulegenden Preis abzuliefern. Für die nächstjährige
 Ernte ist die Einrichtung von Lieferungsvereinigungen zu
 treffen. Aber auch die Erfüllung dieser Forderungen kann inner-
 halb der kapitalistischen Ordnung nur eine vorübergehende Ein-
 beziehung der Not bringen. Endgültig wird erst mit diesen Uebel-
 ständen aufzukommen sein durch Einführung der sozialistischen
 Wirtschaftsordnung. (Bravo! v. d. U. S. P.)

Darauf wird die Aussprache abgedrochen. Ein kommunistischer
 Antrag, auf die morgige Tagesordnung den kommunistischen
 Antrag auf Unterstützung Sowjetrußlands zu setzen, wird gegen
 die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Nächste Sitzung:
 Donnerstag 12 Uhr: Weiterberatung. Schluß 6 Uhr.

Billige Preise für Winterkleidung

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, nach den neuesten Modellen verfertigt.

Ulster aus halbbaren Stoffen, in braun, grau oder silb	285 ⁰⁰	Uebergangs-Ulster, Schöner u. Raglans a. Homesp. u. Cheviot M. 1000, 800, 750, 600	475 ⁰⁰	Jackett-Anzüge aus gutem blaugrauen, grün- gestreiftem und andersfarbigen Stoffen hergestellt	450 ⁰⁰
Schlüpfer, Raglans und Ulster aus grünem, stabilen u. braunem Fließgrün- und Diagonalgeweben, hervorragende Qualitäten	575 ⁰⁰	Uebergangs-Paletots a. maroone Cheviot, in guten Qualitäten	575 ⁰⁰	Jackett-Anzüge aus vorzüglich. Stoffen in den neuesten Modellen, gestreift, kariert und einfarbig, auch Homospun	690 ⁰⁰
Schlüpfer, Raglans und Ulster aus hell- und dunkelgemusterten Flausch-, Homospun- und Diagonaltouren	700 ⁰⁰	Gummimäntel für Damen und Herren, hochgeschlossenen mit Passen, in guten Qualitäten	265 ⁰⁰	Jackett-Anzüge aus erstklassigen Kammer- und Cheviotstoffen, in blau und farbig	900 ⁰⁰
Schlüpfer, Raglans und Ulster aus erstklassigen Fabrikaten, in wundervoll hellen und dunklen Farbenstellungen	900 ⁰⁰	Gummimäntel in Double u. Covercoat, in hervorragenden Qualitäten	550 ⁰⁰	Sport-Anzüge mit Breechesbeinen, aus gutem Lodenstoff, in allen Farben	500 ⁰⁰
Winter-Paletots aus vorzüglich. Maroone- und schwarzen Stoffen, M. 1000, 900, 800, 700	600 ⁰⁰	Lodenmäntel für Damen und Herren aus guten Strichloden und Kamelhaarloden	225 ⁰⁰	Sport-Anzüge aus Homospun, Manchester und gemischt Cheviot M. 850, 750	600 ⁰⁰
Winter-Joppen aus festem Lodenstoff, warm gefüttert, in braun- und Sportform	175 ⁰⁰	Loden-Pelerinen für Damen und Herren, a. weicher, festem Strichloden	190 ⁰⁰	Hosen in allen Preislagen, von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten, anfangend mit	55 ⁰⁰
Knaben- u. Jünglings-Ulster in allen Farben	90 ⁰⁰	Gef- u. Sportpelze		Schulanzüge in verschiedenen Farben und Qualitäten M. 200, 150, 120, 88	70 ⁰⁰

Modernste Massanfertigung - Verwendung bester Stoffe und Zutaten - Sehr mässige Preise

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikots und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Akademische Orgeschbanden

Studenten als Streifbrecher im Gastwirtsgerwerbe

Der Verband der Unternehmer im Gastwirtsgerwerbe, der von zwei Renegaten, den ehemaligen Funktionären der Gastwirtsgerwerkschaft, von Skopsgard und Hegewald geführt wird, belästigt tagtäglich die Öffentlichkeit mit Schauerreden der widerlichsten Art. Die bürgerliche Lügenfront verbreitet gehorlich jeden Schwindel und jede Stimmungsmache, die nur zu deutlich den Stempel der Unwahrscheinlichkeit an der Stirne trägt. Die bürgerlichen Berichte der Korrespondenzbureau und die offiziellen und inoffiziellen Rapporte der Polizei verbreiten alle möglichen Geschichten, die, geht man ihnen auf dem Grunde nach, sich als Folgeerscheinungen

polizeiliche Uebergriffe

heraushehlen. Es ist geradezu ein Skandal, was sich die Schupo herausnimmt. Wir haben uns selbst durch einen Rundgang im Zentrum der Stadt die polizeiliche Tätigkeit befehen. In der Leipziger Straße, vor dem Restaurant Traube, stand nicht nur ein Wagen des Polizeioffiziers, der „Dienst“ tat, sondern er beschlagnahmte noch ein gutes Duzend Schupoleute. Im Hausflur wurden gleich Verhöre angestellt, kurz, es sah ganz nach Methode Koste aus. Flugblätter in englischer Sprache wurden den Streifposten abgenommen, nachher wieder zurückerstattet. Die Willkür dieser überreifen Polizeier kennt anscheinend keine Grenzen. Wenn die Streikenden Engländer auf einen bestimmten Betrieb aufmerksam machen, so geht dies der Polizei nichts an. Diese Fremden werden nur hingewiesen auf interne Vorgänge, die sie veranlassen soll, sich nicht in Gefahr zu begeben. Das ist Pflicht und Recht der Streikenden. Das soll sich die Schupo gelogt sein lassen.

Absperrn von Straßen

Um den Inhabern von „Wien-Berlin“ einen ungestörten Geschäftsbetrieb zu ermöglichen, hält es die Polizei für angebracht, jeden Abend einen erheblichen Teil der Jägerstraße zu sperren. Dadurch wird mindestens 14 gastwirtschaftlichen Unternehmungen, deren Gäste nicht im Auto vorzufahren pflegen, ihre geschäftliche Tätigkeit fast vollständig unterbunden. Sie haben sich mit einem Protest an das Polizeipräsidium gewandt, der hoffentlich schleunigst berücksichtigt wird. Denn es kann unmöglich Aufgabe der Polizei sein, 14 Betriebe, die übrigens die Forderungen der gastwirtschaftlichen Angehörten im Interesse der Ruhe und Ordnung bewilligt haben, lahmzulegen, um einen Betrieb in seiner gemeingefährlichen Hochbedeutung zu unterstützen. Die Straßen gehören dem Verkehr und nicht seiner Behinderung.

Als wir vorgestern nachts versuchten, die Jägerstraße zu passieren, wurde uns dies strikt verboten. Großschauzig-Kommisshändig wurde jede Auskunft verweigert.

Das Hotel Bristol, versucht krampfhaft seinen Betrieb aufrechtzuerhalten. Andauernd werden durch Besprechungen der verschiedensten Natur die Streikenden zu fiebern verurteilt. Nun ist es dem Unternehmen gelungen, einen Franzosen als Koch in die Küche zu bekommen. Wo bleibt da das „nationale“ Gefühl jener Leute, das gerade in diesen Tagen sich speziell gegen jenes Land sich richtete, das uns nun einen Streifbrecher bescherte?

Studenten als Streifbrecher

In der Berliner Universität wurde Dienstag am schwarzen Brett ein Aufruf eines „Geschäftsschutzes Groß-Berlin“ angeschlagen, nach welchem Studenten gesucht werden zum Schutze von — Geschäftshäusern. Ein Herr Jesler, Kochstr. 14, nimmt Meldungen entgegen. Folgende Bedingungen werden den sich meldenden Studenten, die 50 M. pro Abend bekommen sollen, verlesen:

„Jeder Teilnehmer erhält eine Waffe. Für den notwendigen Waffenschein wird auf dem Polizeipräsidium gesorgt. Die

Waffen können sie stets bei sich führen. Jeder erhält eine grüne Mitgliedskarte, die mit einer Personalangabe und mit einem Lichtbild versehen sein muß. Außerdem bekommt jeder einen hellbraunen Ausweis. Erwünscht sind vor allen Dingen Studenten, die telefonisch zu erreichen sind.“

Es wurde weiter mitgeteilt, daß die Teilnehmer bei allen Streiks sich auf Anruf sofort zu stellen haben.

Diese Tätigkeit hätten die Studenten zu dem jetzigen Streik im Gastwirtsgerwerbe sofort aufzunehmen. Diese Tatsachen sind auch ein hübscher Beitrag zum Kapitel der Entwaffnung. Seit wann werden außerdem gleich en masse im Polizeipräsidium Waffenscheine für eine

Orgeschschutztruppe

bewilligt?

Daß man sich die Gardien für einen solchen „Geschäftsschutz“ aus den Reihen der — Studenten holt, ist zugleich charakteristisch für die Denkmuster der Berliner akademischen Jugend und für die Unversität, die solchen Anschlägen Raum gewährt.

Abdons Protest gegen den Verband der Gastwirte.

Von dem Justizrat Dr. Werthauer dem Rechtsbeistand des Hotelbesizers Abdon, geht der „Dena“ folgende Zuschrift zu: „Im Auftrage des Hotelbesizers Abdon teile ich mit, daß durch die Presse die Nachricht gegangen ist, Herr Abdon habe in dem Kellnerstreik die Berechtigung des Vorgehens des Vereins Berliner Hotels und verwandter Betriebe anerkannt, welcher von ihm 350 000 M. als Konventionalstrafe verlangt, da er mit den Kellnern sich geeinigt habe. Dies ist nicht zutreffend. Herr Abdon hat lediglich unter Vorbehalt den Betrag von 100 000 M. gezahlt und wird wegen des Restes das Schiedsgerichtsverfahren und eventuell die Anfechtung des Schiedsspruches durchführen. Er ist durch das Eingreifen der Behörden gezwungen gewesen, wegen der Ententekommission, die im Hotel Abdon wohnt, sich mit den Kellnern zu einigen. Er bekennt ferner die Gültigkeit des ganzen Verpflichtungsscheins. Er ist aus dem Verein Berliner Hotels und verwandter Betriebe ausgeschieden.“

Wie lange werden nun noch die Unternehmer ihr Spiel treiben?

Stellungnahme der Streikenden

Das Arbeitnehmerkartell gab heute vor dem Demobilisationskommissar folgende Erklärung ab: „Weder das Kartell noch die Streikleitung hat Veranlassung oder Anordnung zu irgendwelchen Ausschreitungen gegeben. Kartell und Streikleitung verurteilen wiederholt und ohne Vorbehalt alle Terrorakte, ganz gleich von welcher Seite sie verübt werden, und lehnen jede Verantwortung dafür ab. Sie bemühen sich dauernd im friedlichen Sinne auf ihre Mitglieder einzuwirken. Sie müssen aber gleichzeitig zu bedenken geben, daß die steigende Erregung der Ausschreitungen und Streikenden befreiend wird durch das provozierende, herausfordernde Vorgehen der Unternehmer und ihre harinüchtige Weigerung, in irgendwelche Verhandlungen einzutreten.“

Das Kartell versichert trotzdem, daß es auch heute noch sozial Einfluß auf die Ausständigen zu besitzen glaubt, daß es diese mit Erfolg von allen Ausschreitungen abhalten kann, von dem Augenblick an, wo sich die Arbeitgeberorganisationen bereit erklären, mit dem Kartell die Verhandlungen aufzunehmen.

Das Kartell selbst ist zu Verhandlungen jederzeit bereit.

Riefendemonstration der Streikenden

In knalliger Ueberschrift teilte noch gestern das „Berliner Mittagsblatt“ mit, daß der Kellnerstreik vor dem Zusammenbruch stehe und prompt marschieren am selben Tage, einige Stunden später, die Streikenden auf. Ein riesiger Demon-

strationszug zeigte in eindringlicher Weise, daß alle Streikenden mit einem solchen Zusammenbruch ihres Streiks zufrieden sein können. Mit Lügen und Schupo werden die Unternehmer die Angelegenheit keinesfalls in die Betriebe bringen.

Die Demonstration marschierte unter Vorantritt einer Musikkapelle nach dem Lustgarten. Weit über 20 000 Streikende hörten nochmals von verschiedenen Rednern den Werdegang der Bewegung. Unter keinen Umständen werden die Streikposten des gelben Streifbrettergeinbels wegen zurückgezogen. Trotz Schupo, trotz Unternehmerterror werden die Streikenden in geschlossener Front weiterhin im Kampfe verharren. Siegen oder untergehen, das Ergebnis haben die kämpfenden Gastwirtsangestellten und ihre arbeitslosen Kollegen am gestrigen Tage erneut und einmütig abgelegt.

Verammlung der graphischen Hilfsarbeiter

Die graphischen Hilfsarbeiter tagten gestern im „Deutschen Hof“, um Stellung zum Ausschluß zweier Mitglieder, Kras und Krumran, zu nehmen, die nicht geladen waren. Der aus der Mitte der Versammlung gestellte Antrag, die beiden Kollegen zur Versammlung zuzulassen, wurde mit dem Hinweis abgelehnt, daß dieser Antrag dem Statut widerspreche, noch könne der Antrag Moritz, Krumran als Einzelschlichter der Zahlstelle zu führen, in Frage kommen. Im weiteren Entscheid des Beirats nicht zu beeinflussen, lehnte es der Vorstand ab, weiter in der Sache irgend etwas zu tun. Inzwischen müssen bis zum nächsten Vorstandstag Pflichten und Rechte der beiden ruhen.

Trotzdem wurde der erstere Antrag gegen nur wenige Stimmen angenommen. Da dieser Beschluß statutenwidrig ist, schloß der Vorsitzende Glöth die Versammlung.

Die Versammlung blieb jedoch zusammen und tagte weiter, während die Disziplinverwaltung den Versammlungsraum verließ.

Wir bedauern außerordentlich, daß sich die graphischen Hilfsarbeiter gerade im gegenwärtigen Augenblick, da ein Riesenkampf mit dem Zeitungsunternehmertum im Gange ist, dieser Frage wegen zeruneinigen. Es dürfte nicht schwer sein, hier einen Ausweg zu finden. Es muß möglich sein, die Erledigung der strittigen Frage des Ausschlusses der zwei erwähnten Mitglieder bis nach Beendigung des gegenwärtigen Kampfes zu vertagen. Jetzt müssen auch die graphischen Hilfsarbeiter absolut einig dastehen. Sie müssen alle inneren Streitigkeiten, die untergeordneter Natur sind, zurückschicken und dem Unternehmertum geschlossen gegenüberstehen.

Zum Streik im Chemikalien-Großhandel

In der am 18. Oktober vom Transportarbeiter-Verband einberufenen gut besuchten Versammlung der Streikenden des Chemikalien-Großhandels wurde ein Situationsbericht über den Stand der Bewegung gegeben, in welchem darauf hingewiesen wurde, daß von seiten der Arbeitgeber in den beiden Tagen des Streiks der Versuch unternommen wurde, die Bewegung zu zerplittern. Sie stellten die Behauptung auf, die Branchenleitung habe ein Schreiben der Arbeitgeber unterzeichnet und dadurch seien die Arbeitnehmer in den Streik gekehrt worden! Nach erfolgter Aufklärung dieser Angelegenheit fiel diese Verdächtigung in sich zusammen, und die Streikenden brachten ihre Meinung volles Vertrauen entgegen.

Es wurde festgestellt, daß bis zur Beschlußfassung des Streikbeschlusses kein anderes Angebot der Arbeitgeber als eine 15prozentige Lohnzulage bei Ablehnung des Schiedsspruches vorlag. Erst nachträglich ist der Brief der Arbeitgeber mit der Anerkennung des Schiedsspruches in die Hände der Organisationsleitung gelangt. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß die Lohnzulage des Schiedsspruches nur für den Monat Oktober Geltung haben sollten und die Arbeitgeber sich bereit erklärt haben, in neue Verhandlungen über die Festsetzung der Löhne ab 1. Nov. einzutreten. Auch dieses Angebot lehnte die Arbeiterschaft in

Soeben erschienen!

Die Erwerbslosenfürsorge nach dem neuesten Stande

Wiedergabe der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge und gemeinverständliche Darstellung der Erwerbslosen und Kurzarbeitern zustehenden Ansprüche unter Berücksichtigung ministerieller Erlasse u. Bescheide sowie die letzten Beschlüsse des Reichstages

Von Rudolf Weck
Arbeitssekretär in Königsberg i. Pr.
Preis 8.— Mark

Für Gemeindebehörden, Betriebsräte, Obleute, Arbeiterssekretäre, Gewerkschaftsfunktionäre, überhaupt für jeden, der sich mit Arbeiterfragen befaßt, ist die Schrift unentbehrlich

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.
Berlin G2 Abt. Buchhandlung Breite Straße 8-9

Demnächst erscheint! **L. Trotzki** Demnächst erscheint!

Die neue Etappe / Die Weltlage und unsere Aufgaben

Inhalt: Inhalt einer Woche. I. Die Weltlage: Die Jahre 1917—1921. / Verhängung der Bourgeoisie. Ist das Weltgewicht wiederhergestellt? / Der wirtschaftliche Niedergang Europas in Zahlen. / Die wirtschaftliche Krise Amerikas, / Prosperität und Krise. / Der Ausschlag nach dem Krieg. / Die letzte Krise. / Krise, Ausschlag und Revolution. / Aufspaltung der sozialen Gegensätze. / Das Bauerntum. / Der neue Weltzustand. Die internationalen Beziehungen. / Die Arbeiterklasse nach dem Krieg. / Die nächsten Perspektiven und Aufgaben. / II. Schule der revolutionären Strategie. / III. Kongreß der Kommunistischen Internationale nationale: Die materiellen Voraussetzungen der Revolution. / Frage revolutionärer Taktik. / Schule der revolutionären Strategie / Die zeitlichen Tendenzen im italienischen Sozialismus. / Beziehungen und Vermutungen der extremen „Linken“. / Die März-Ereignisse in Deutschland / Die Strategie der deutschen Kontinentalen und die abstrakten Elemente von links. / Die abstrakten Tendenzen und die „linke“ Internationale. / Die linke Arbeiter und die russische Erhebung. / Die politischen und negativen Seiten der Französischen Kommunistischen Partei. / Kommunismus und Sozialismus in Frankreich. / Die neue Wendung nach rechts, / sondern ernstliche Vorbereitung zur Machtübernahme. / Aufgaben: Tufen des Dritten Kongresses über die Taktik. — Drei großartige Darstellungen: Schema der Produktions- und Preisregulierung. — Schema der Produktionskapazitäten Großbritanniens. — Friedens-Konferenzpläne.

Preis broschiert Mk. 2.50, / gebunden Mk. 6.—

Bestellungen sind zu richten an

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley / Hamburg 11

Eine jeder liebt die



Cobu
Linos Pflanzenhytter MARGARINE

Bergisch-Märkische Margarine-Werke
F.A. J. Sersiedt A.G.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf.

Generalvertretung:
FRANZ JOS. GFRÜNER, Berlin W 50
Ansbacher Str. 56 • Fernspr.: Steinpl. 4848 u. 12144



Trotz Preissteigerung, alte Preise!

Sakko-Anzüge beste Verarbeitung, a. Chevot, Kammgarn, mit u. ohne Umschlagkappe, auf Leinen u. Rohhaar M. 375.—, 400.—, 550.—, 650.—, 750.—, 850.—, 950.—

Ullster, Raglan- u. Schlüpfen-Form, a. modisch. Stoffen, in den neuesten Farben, beste Verarbeitung M. 495.—, 530.—, 675.—, 915.—, 1050.—

M. Schulmeister
Kottbuser Tor Herren- u. Knaben-Konfektionshaus

Neue Haare
wachsen schon wieder
Reichels Haarwuchswasser „Reel“ wirkt Wunder nach 3-maligem Einreiben. So aber ähnlich lassen viele Anerkennungen. V. M. 13.50 u. 20.—
Otto Reichel, Vera lin 46, 60, Odenbühlstraße 4.

Gold-Silber-Platin
Sachen und Bruch
Queck Silber, Feldknecht
kaufen zu hohem Kurs
Ratzlaff & Zimmer
Linienstraße 93
Fahradenkopf
Fahrräder höchsthandl.
Bickner, Göttingerstr. 78.

150.— Tagesverdienst
sind, verkaufst. Damen u. Herren b. Verkauf auf. Geisensuppen a. Geschäfte 7. Werk, auf. Fernreisen, Dreifachen, Toiletteartikel, wir ringel. Verz. Geisens. Karte 8. Handel, Markt, Spreizl. 6. 7

Altmetalle
schieße hohe Preise. Oberberger Str. 1. Klein-Konkordier Str. 107, L. Hof, Keller.

Wohnungstausch Vermietungen
Vertretungen beim Mietlings- und Wohnungskauf, Schulden, Wirtsh. Beschwerden, Betriebsberechnung

Verwaltungen
perf. Sprachs. 9-10 u. 4-6. Wohnung-Konkordier, Wittenbergstraße 44. Fernspr.: Amigabst 1300

NOTGELDSCHNEIDE
Professionell beschnitten. Ball, Münzen, Berlin 60, Wittenbergstr. 44.

